Hamburg wieder normal.

Wahlprogramm der AfD Hamburg für die Bürgerschaftswahl 2025

Inhaltsverzeichnis

Präambel **6**

1. Innere Sicherheit: Hamburg muss wieder sicher werden **7**

1.1. Polizei besser ausstatten *7*

1.2. Zwingende Abschiebung ausländischer Straftäter *7*

1.3. Mehr Personal für die Hamburger Justiz *7*

1.4. Wiedereinführung des bezirklichen Ordnungsdienstes *8*

1.5. Härtere Strafen für Kriminelle sicherstellen *8*

1.6. Jugendkriminalität mit dem „Neuköllner Modell“ wirkungsvoll begegnen *9*

1.7. Keine Toleranz für Extremisten und politisch motivierte Kriminalität *9*

1.8. Ein Versammlungsgesetz für Hamburg *10*

2. Migration und Islam: Die Massenmigration muss beendet werden **10**

2.1. Durchsetzung des geltenden Rechts und zulässiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen *12*

2.2. Strikte Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung *12*

2.3. Reform des derzeitigen Aufenthaltsrechts *13*

2.4. Sachleistungen statt Geldleistungen für Schutzsuchende *13*

2.5. Zentrale Unterbringung nach dänischem Vorbild *13*

2.6. Änderung des Königsteiner Schlüssels zu Gunsten von Großstädten *13*

2.7. Keine Schlepperschiffe im Hamburger Hafen *14*

2.8. Verbot der islamischen Vollverschleierung im öffentlichen Raum *14*

2.9. Kopftuchverbot an öffentlichen Einrichtungen *14*

2.10. Kündigung des Staatsvertrages mit den islamischen Verbänden *14*

2.11. Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg *15*

3. Wohnen und Soziales: Freiheit und Chancengleichheit für alle Bürger **16**

3.1. Einheimischenmodell für Hamburg *16*

3.2. Keine Nachverdichtung nach „Hamburger Maß“ *16*

3.3. Hamburger Wohngeld: Menschen statt Beton fördern *17*

3.4. Mehr Eigentum für unsere Bürger *18*

3.5. Bauen muss wieder günstig werden *18*

3.6. Kostenloses Mittagessen an Schulen und Entlastung arbeitender Familien *18*

3.7. Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden *18*

3.8. Grundsteuer abschaffen und Grunderwerbsteuer beim Erstkauf aussetzen *19*

4. Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung: Freie Wahl für alle **19**

4.1. Metropolregion Hamburg aktivieren *20*

4.2. Neue Altstadt Hamburg *20*

4.3. Hauptverkehrsadern leistungsfähig halten ... *20*
4.5. Keine Fahrverbote: Hamburg muss attraktiv für Autofahrer bleiben ... *20*
4.6. Mobilität läuft nicht nur auf Batterien ... *21*
4.7. Schluss mit dem Parkplatzabbau ... *21*
4.8. Baustellen zügig abschließen ... *21*
4.9. Keine Citymaut mit der AfD ... *21*
4.10. Den ÖPNV durch Ausbau attraktiv gestalten ... *22*
4.11. Fußgänger, Radfahrer, neue Mobilität – für alle besteht Handlungsbedarf ... *22*
4.12. Sport braucht Stadtentwicklung ... *22*
5. Bildung: Hamburg muss Spitzenreiter werden ... **22**
5.1. Hamburgs Zukunft braucht hochwertige Bildung ... *22*
5.2. Unterrichtsqualität verbessern ... *23*
5.2.1. Unterricht sinnvoll strukturieren ... 23
5.2.2. Fachliche und pädagogische Ausbildung der Lehrer stärken ... 23
5.2.3. Stärkung fachlicher Inhalte statt einseitiger Kompetenzorientierung ... 24
5.2.4. Mut zu mehr äußerer Differenzierung ... 24
5.2.5. „MINT“-Fächer stärken ... 24
5.2.6. Mut zur Leistungsbereitschaft ... 24
5.2.7. Klassenwiederholungen ermöglichen ... 25
5.2.8. Mehr Disziplin ... 25
5.2.9. Demokratische Meinungsvielfalt stärken ... 25
5.2.10. Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen ... 26
5.3. Gymnasien und Stadtteilschulen ... *26*
5.3.1. Elternwahlrecht reformieren ... 26
5.3.2. Gymnasien wieder aufwerten ... 26
5.3.3. Möglichkeit der Rückkehr zu G9 ... 27
5.3.4. Kleine und mittelgroße Schulen erhalten ... 27
5.4. Schulische Leistungszentren einführen ... *27*
5.5. Kindeswohl statt Inklusionswahn ... *28*
5.5.1. Wahlmöglichkeiten erhalten – Beratung intensivieren ... 28
5.5.2. Förderschulen erhalten ... 28
5.5.3. Förderschwerpunkte des Lehramtes für Sonderpädagogik erhalten ... 28
5.6. Werte und Integration ... *28*
5.6.1. Schule als Vermittler von Werten ... 28
5.6.2. Beschulung von Migrantenkindern und Übergang in die Regelschulen ... 29
5.6.3. Altersgemäße Sexualerziehung statt Frühsexualisierung ... 29
5.6.4. Deutsche Sprache bewahren und erhalten ... 29
5.7. Hochschulen ... *30*
5.7.1. Humboldts Bildungsideal versus „Bachelor“ und „Master“ ... 30
5.7.2. Steuergeldverschwendung unseriöser „Gender-Forschung“ beenden ... 30
5.8. Vorschule und Kindergarten ... *30*
5.9. Berufsbildung ... *31*
5.9.1. Duales System statt Akademisierungswahn ... 31
5.9.2. Die AfD steht für das Duale Berufsbildungssystem ... 31
5.9.3. Die Abbrecherquote in der Lehre ist zu vermindern ... 31

6. Umwelt und Energie: Umweltschutz statt Klimahysterie mit bezahlbarer Energie 31
6.1. Ausstieg aus dem Kohleausstieg – Moorburg muss zurück ans Netz 32
6.2. Freie Wahl bei der Wärme 32
6.3. Kein weiterer Ausbau der Windenergie 32
6.4. An Kernenergie weiter forschen 32
6.5. Undemokratische Macht von Verbänden begrenzen 32
6.6. Weitere Anstrengungen zum Schutz vor Fluglärm 33
6.7. Sauberes Stadtgrün 33
6.8. Mehr Schutz für Hamburgs Naturflächen 33
6.9. Schluss mit der Bodenversiegelung 33
6.10. Sauberes Wasser 34
6.11. Mehr Biodiversität 34
6.12. Gegen Schmierereien 34
6.13. Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten 34
7. Wirtschaft, Abgaben und Haushalt: Für ein prosperierendes Hamburg 34
7.1. Kammerzwang abschaffen 35
7.2. Gewerbesteuer senken 35
7.4. Hamburger Außenhandel braucht Wachstum 35
7.5. Kein Teilverkauf der HHLA an MSC 35
7.6. Solider Haushalt statt Schulden 36
7.7. Abschaffung von Kleinststeuern 36
8. Gesundheit und Pflege: Gesundheit in Freiheit und Selbstbestimmung 36
8.1. Hamburger Pflegebedürftige aus Hamburger Haushaltsmitteln finanziell unterstützen 37
8.2. Pflegequalität in Hamburger Seniorenheimen besser kontrollieren 37
8.3. Ärzte aus Drittstaaten: Keine Approbation nach der „Papierform“ mehr 37
8.4. Krankenhaushygiene verbessern 38
8.5. Versorgung mit Hebammen in Hamburg verbessern 38
8.6. Keine Bevormundung in der Gesundheitspolitik 38
8.7. Spezialisierte Pflege und Pflege durch Angehörige 38
8.8. Entlastung von Ärzten 38
9. Familie: Familien sind unser Fundament 39
9.1. Häusliche Kindererziehung wertschätzen 39
9.2. Echte Wahlfreiheit der Betreuungsform 39
9.3. Ein Hamburg nicht nur für Doppelverdiener 40
9.4. Anreize zur Familiengründung schaffen 40
9.5. Familien sollen wieder Verantwortung übernehmen 40

9.6. Risiken der Familiengründung verringern ... 40
9.7. Gegen Gender Mainstreaming, für Gleichberechtigung ... 41
9.8. Verbot von Pubertätsblockern und Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen ... 41
9.9. Jugendhilfe familienfreundlicher gestalten ... 41
9.10. Mütter und Väter verdienen den Schutz des Staates ... 42

10. Demokratie und Kultur: Eine Republik freier Bürger ... 42
10.1. Schluss mit dem öffentlich-rechtlichen Zwangsrundfunk ... 42
10.2. Gegen politische Korrektheit, für Meinungsfreiheit ... 42
10.3. Keine Diskriminierung politischer Parteien ... 43
10.4. Keine Kulturförderung mit einseitiger politischer Propaganda ... 43
10.5. Keine ideologisch motivierte Umbenennung von Straßen und Plätzen ... 43
10.6. Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden auf Bezirksebene ... 43

11. Digitalisierung ... 43
11.1. Künstliche Intelligenz positiv einsetzen und regulieren ... 44
11.2. Technik muss dem Menschen dienen ... 44
11.3. Digitale Techniken in der Schule ... 44
11.4. Digitale Unterstützung für Unterschriftensammlungen ... 45
11.5. Gamer und E-Sport fördern ... 45
11.6. Kryptowährungen als Chance ... 45

12. Katastrophenschutz und Bundeswehr: Hamburg steht zu seinen Soldaten ... 45
12.1. Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft ... 46
12.2. Bundeswehr an unseren Schulen ... 46
12.3. Sportfördergruppe nach Hamburg holen ... 46

13. Auswärtige Beziehungen: Guter Partner für andere Städte sein ... 46
13.1. Attraktivität Hamburgs für internationale Repräsentationen steigern ... 46
13.2. Städtepartnerschaften ausbauen ... 47
13.3. Hamburgs Rolle in der Entwicklungspolitik ... 47
13.4. Städtepartnerschaft mit Daressalam auf den Prüfstand stellen ... 48

Präambel

Hamburg, unsere stolze Hansestadt, wurde durch Jahrzehnte linker Politik und ganz besonders durch die Politik des rot-grünen Senats unter Peter Tschentscher (SPD) und Katharina Fegebank (Grüne) heruntergewirtschaftet. Der normale Hamburger Bürger lebt unfreier und unsicherer als noch vor fünf Jahren. Die illegale Massenmigration nach Hamburg geht ungebremst weiter. Das Geld, das der Bürger im Portemonnaie hat, ist weniger wert und der Lebensunterhalt für viele Hamburger immer herausfordernder.

Vor diesem Hintergrund präsentiert die Alternative für Deutschland (AfD) ihr Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2025. Mit einem klaren Bekenntnis zu unseren freiheitlichen, konservativen und patriotischen Grundwerten wollen wir das Ruder herumreißen. Viele der Forderungen, die wir aufstellen, sind dabei weder neu noch überraschend: Seit Gründung unserer Partei vor über zehn Jahren mahnen wir immer wieder die gleichen richtigen Schritte für eine politische Wende an, die den Verfall unserer Stadt aufhalten würde.

Wir setzen uns für die Wiederherstellung der Inneren Sicherheit ein, denn nur in einem sicheren Umfeld können die Bürger frei und unbeschwert leben. Die steigende Kriminalität und das Gefühl der Unsicherheit müssen endlich der Vergangenheit angehören. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, den Rechtsstaat zu stärken und den Bürgern wieder das Vertrauen in ihre Sicherheit zurückzugeben.

Die Bekämpfung der illegalen Massenmigration und konsequente Abschiebungen sind unerlässlich, um unsere kulturelle Identität zu bewahren und den Wohlstand in unserer Stadt zu sichern. Wir fordern eine Politik, welche die illegale Migration konsequent unterbindet und zu hundert Prozent unsere Gesetze vollzieht.

Hamburg darf nicht länger Stauhauptstadt sein. Unsere Verkehrspolitik zielt auf eine Stadt ab, in der alle Verkehrsteilnehmer – ob Autofahrer, Radfahrer oder Fußgänger – gleich geachtet werden. Eine autofahrerfeindliche Politik lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für einen ausgewogenen Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur ein. Dazu gehören auch Parkplätze.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Hamburger ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Wir wollen sicherstellen, dass jeder Bürger, unabhängig von Einkommen und sozialem Status, ein angemessenes Zuhause findet. Dies erreichen wir durch eine kluge Stadtplanung, den Abbau bürokratischer Hürden und Regulierungen sowie ein Hamburger Wohngeld. Einheimischen soll es dabei leichter gemacht werden, in einem Umfeld steigender Mietpreise weiterhin in Hamburg zu wohnen.

Freiheit und Selbstbestimmung müssen vor staatlicher Regulierung stehen. Dies gilt insbesondere im Bereich der Gesundheit. Wir lehnen Lockdowns, Zwangsimpfungen und jegliche Form von Bevormundung ab. Die Bürger sollen eigenverantwortlich über ihre Gesundheit entscheiden können.

Unser Bildungssystem benötigt eine grundlegende Reform. Wir setzen auf stärkere Differenzierung und Leistungsorientierung, um allen Schülern die bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Nur so können wir sicherstellen, dass die kommenden Generationen gut auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind.

Mehr direkte Demokratie ist unser Ziel. Wir wollen den Bürgern mehr Mitsprache ermöglichen und treten entschieden gegen politische Korrektheit und Denkverbote ein. Meinungsfreiheit und offene Debatten sind die Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie.

Mit diesen Leitlinien präsentieren wir ein Programm, das Freiheit, Sicherheit und Heimatliebe in den Mittelpunkt stellt. Die AfD Hamburg steht bereit, die Zukunft unserer Stadt im Interesse der Bürger, und nicht im Interesse lauter Minderheiten, zu gestalten.

1. Innere Sicherheit: Hamburg muss wieder sicher werden

Die AfD hat sich dem entschiedenen Kampf gegen Kriminalität und die Erosion des Rechtsstaats verschrieben. Alle Hamburger Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Voraussetzungen hierfür sind eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz.

Die Entstehung von rechtsfreien Räumen zu verhindern und die Bekämpfung bereits existierender rechtsfreier Räume ist oberstes Ziel der AfD Hamburg.

Wir machen mit den folgenden Maßnahmen Hamburg wieder sicher:

1.1. Polizei besser ausstatten

Die AfD Hamburg wird unsere Hamburger Polizei finanziell, personell und instrumentell stärken. Wir werden sicherstellen, dass sie ihrer Arbeit bestmöglich nachkommen kann. Die zunehmende Anzahl von Angriffen auf Polizeibeamte und Rettungskräfte werden wir eindämmen. Um die anstehenden Verfahren mit aussagekräftigen Beweisen zügig durchzuführen, wird die AfD Hamburg die flächendeckende Verwendung von Bodycams zum Schutze der Hamburger Beamten und Einsatzkräfte verwirklichen. Darüber hinaus unterstützen wir die Erprobung von Tasern.

1.2. Zwingende Abschiebung ausländischer Straftäter

Die hohe Rückfallquote von ehemaligen Haftinsassen ist eine enorme Belastung für Bevölkerung, Judikative und Exekutive. Es ist deshalb höchste Zeit zu handeln! Die AfD Hamburg wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass Ausweisungen ausländischer Straftäter bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe als grundsätzlich zwingende Nebenfolge in das Gesetz aufgenommen werden – und zwar unabhängig davon, ob diese zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Die derzeitige Regelung sieht eine zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren vor.

Gleichzeitig wird die AfD Hamburg den mit Abschiebungen beauftragten Polizeibeamten ihre vollumfängliche politische Unterstützung zukommen lassen.

1.3. Mehr Personal für die Hamburger Justiz

Die Judikative ist eine der wichtigsten Säulen unserer Demokratie. Der Senat hat in Hamburg sowohl durch Streichung bzw. Nicht-Neubesetzung von Richter- und Staatsanwaltsstellen als auch von Bediensteten im Justizwesen die gesamte Justiz quasi handlungsunfähig gemacht. Zivil- und verwaltungsgerichtliche Klagen dauern über Jahre hinweg an. Straftäter werden vorzeitig aus der U-Haft entlassen, weil innerhalb der gesetzlichen Frist keine Hauptverhandlung stattfinden oder fortgesetzt werden konnte.

Die überwiegende Mehrheit der zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten erhält eine Bewährungsstrafe. Die entsprechenden Bewährungsauflagen werden aber nicht kontrolliert, weil es an Personal und politischem Willen fehlt. Die AfD Hamburg fordert, dass jeder, der gegen seine Bewährungsauflagen verstößt, unverzüglich seine Strafe verbüßen muss.

Eine handlungsfähige Justiz ist für die AfD Hamburg eine Selbstverständlichkeit und gehört zu den Grundfaktoren für das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Die Schaffung neuer Stellen und die Digitalisierung der Justiz sind dafür unerlässlich.

1.4. Wiedereinführung des bezirklichen Ordnungsdienstes

Die Hamburger Polizei ist nach wie vor massiv überlastet, insbesondere durch die nach wie vor stattfindende illegale Migration, und die sich hieraus ergebende Kriminalität sowie andauernde gewalttätige Aktivitäten der überwiegend linken Szene. Die Polizei ist personell nicht mehr in der Lage, sich auch noch um die zunehmende Verwahrlosung in unserer Stadt zu kümmern. Die Verfolgung von sogenannter „Kleinkriminalität“ ist häufig gar nicht mehr möglich, weil die Polizei deutlich immer noch hunderttausende von Überstunden vor sich herschiebt. Die entsprechenden Verfahren werden oft nach wenigen Monaten von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Die langen Ausbildungszeiten und der schwache Bewerbermarkt für Polizeibeamte werden sich auch in Zukunft kaum ändern.

Die AfD Hamburg wird deshalb den bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wieder einführen. Der BOD wird die Polizei dort entlasten, wo keine hoheitlichen Aufgaben verfolgt werden müssen. Der BOD hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung, für Ordnung und Sauberkeit in der Stadt zu sorgen. Wir werden den BOD jedoch nicht im Parkraummanagement einsetzen.

BOD-Mitarbeiter hingegen können – nach Erfahrungswerten auch anderer Bundesländer – in drei Monaten geschult werden und dann sofort ihre Arbeit aufnehmen. Die Polizei muss sich wieder primär ihrer eigentlichen Aufgabe, der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, widmen. Eine tragfähige Personalausstattung des BOD ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

1.5. Härtere Strafen für Kriminelle sicherstellen

Deutschland hat im internationalen Vergleich ein sehr mildes Strafrecht. In anderen demokratischen Rechtsstaaten werden zum Teil erheblich höhere und härtere Strafen verhängt. Die Massenmigration führt endgültig ad absurdum, dass zu viele Bewährungs- und Geldstrafen verhängt werden. Hamburg ist ein Paradies für Straßenkriminalität, Kriminalität von Migranten und das organisierte Verbrechen.

Die Bürger vertrauen unserem Rechtsstaat nicht länger. Ein Grund dafür ist die Überlastung der Justiz und eine zu täterfreundliche Rechtsprechung, die dringend geändert werden muss. Straftaten werden entweder gar nicht verfolgt oder Straftäter müssen vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Die wenigsten strafrechtlichen Verurteilungen werden vom Bürger als gerecht empfunden. Das Urteil gegen die jungen Männer mit Migrationshintergrund, die ein 15-jähriges Mädchen im Stadtpark gruppenvergewaltigt haben, hat für besonders große Empörung gesorgt. Von den elf Angeklagten wurden von der Jugendrichterin zwei nicht verurteilt und acht erhielten Bewährungsstrafen. Nur ein Angeklagter wurde zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Eine Frau hingegen, die einen der Vergewaltiger beleidigte, wurde von der Justiz länger weggesperrt als acht der neun Vergewaltiger, die schuldig gesprochen wurden.

Daher werden wir bei der juristischen Ausbildung in Hamburg dafür sorgen, dass angehende Richter und Staatsanwälte stärker dafür sensibilisiert werden, dass das Strafrecht wesentlich zum gesellschaftlichen Frieden beitragen muss. Bei der Strafzumessung darf nicht nur einseitig auf den Täter Rücksicht genommen werden. Wir werden darüber hinaus überall dort, wo unangemessen milde Urteile drohen,

einer missbräuchlichen Ausübung des richterlichen Ermessens durch entsprechende Gesetzesänderungen einen Riegel vorschieben.

1.6. Jugendkriminalität mit dem „Neuköllner Modell“ wirkungsvoll begegnen

Die Sicherheitslage hat sich vor allem in bestimmten Stadtteilen massiv verschärft. Gerade junge Täter spielen hierbei eine besonders wichtige Rolle. Ihnen steht derzeit ein zahnloses Jugendstrafrecht gegenüber. Erzieherische Erfolge lassen sich in diesem Segment nur durch sofortige Anklage und Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen.

Die AfD Hamburg befürwortet daher, in Anlehnung an das durch die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig bekannt gewordene „Neuköllner Modell“, dass das vereinfachte Jugendverfahren gemäß § 76 Jugendgerichtsgesetz, das eine schnelle Aburteilung jugendlicher Straftäter ermöglicht, in Hamburg wann immer erforderlich angewandt wird. Zudem muss auf eine enge Kooperation von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten zu diesem Zwecke hingewirkt werden.

Die AfD Hamburg wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Jugendstrafrecht auf Heranwachsende (also Volljährige unter 21 Jahren) nicht mehr angewendet werden kann. Wir sind darüber hinaus offen für eine Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre, um schwere Straftaten zu strafrechtlich zu ahnden.

1.7. Keine Toleranz für Extremisten und politisch motivierte Kriminalität

Wir, die AfD Hamburg, werden allen Feinden unserer Demokratie entschieden entgegentreten. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus und Antisemitismus darf nicht allein der Polizei und dem Verfassungsschutz überlassen werden.

Wir müssen Jugendliche für die Gefahren des Islamismus, Antisemitismus und des Linksextremismus ebenso sensibilisieren und gegen diese aktivieren, wie wir das in den letzten Jahrzehnten bereits gegen den Rechtsextremismus praktiziert haben.

Die etablierte Politik in Hamburg ignoriert die Gefahren, die sich für eine offene Gesellschaft aus dem Linksextremismus und Islamismus ergeben. Hamburg ist die Hochburg des Linksextremismus in Deutschland. In Hamburg finden unerträgliche Demonstrationen statt, in der Islamisten zur Errichtung eines Kalifats aufrufen.

Angriffen auf Verwaltungsangestellte, Polizei- und Rettungskräfte müssen wir uns als Gemeinschaft entschieden entgegenstellen.

Wir schlagen daher folgende Maßnahmen vor:

- Wir fordern, dass staatliche Mittel im Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus auf einem höheren Niveau als bisher zur Verfügung gestellt werden. Die scharfkantige Bekämpfung von Rechtsextremismus muss insoweit auch bei der Bekämpfung anderer Extremismusformen zur Regel werden.
- Die AfD Hamburg wird Beratungsnetzwerke einrichten und fördern, um eine koordinierte und strukturierte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit an allen Hamburger Schulen gegen Extremismus zu gewährleisten. Institutionen, Vereine und andere nichtstaatliche Organisationen, die gegen Islamismus und Linksextremismus aktiv aufklären, müssen genauso unterstützt und finanziell gefördert werden wie jene im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

- Für die Koordination der Einzelmaßnahmen ist jeweils ein zentral gesteuertes Landesprogramm gegen Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus aufzulegen. Betroffene islamistischer und linksextremistischer Aktivitäten müssen durch aktiven Opferschutz geschützt und gestärkt werden.
- Die autonome Szene in Hamburg wird von der Roten Flora aus maßgeblich geführt und organisiert. Die Rote Flora hat zum Teil terroristische Kommandoaktionen anlässlich des G20-Gipfels erst möglich gemacht. Die AfD Hamburg wird dafür sorgen, dass die Rote Flora geräumt wird. Schließlich ist sie seit über 30 Jahren im Wesentlichen illegal besetzt. Es ist ein Skandal, dass der Senat dieser illegalen Besetzung versucht, rechtliche Legitimität zu verleihen.
- Die AfD Hamburg wird staatliche Landesmittel zur Förderung politischer bzw. sogenannter „zivilgesellschaftlicher" Verbände und Aktivitäten nur nach schriftlichem Bekenntnis der Empfänger zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) gewähren. Dieses Bekenntnis werden wir einer Prüfung unterziehen.
- Die AfD Hamburg wird dafür sorgen, dass gewalttätige „Antifa"-Gruppierungen endlich als terroristische Vereinigungen eingestuft werden.

1.8. Ein Versammlungsgesetz für Hamburg

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Jeder Deutsche hat das Recht, Demonstrationen anzumelden. Das steht in Artikel 8 des Grundgesetzes. Eine Versammlung kann sich jedoch nur dann auf die Versammlungsfreiheit berufen, wenn sie vorher angemeldet wird und friedlich bleibt.

Demonstrationen, bei denen es vorrangig um „Randale", die Begehung von Straftaten und schlicht und ergreifend darum geht, Hamburg in Schutt und Asche zu legen, wie z. B. die zum G20-Gipfel angemeldete Demonstration „Welcome to Hell", müssen in Zukunft einfacher unterbunden werden können. Das Gleiche gilt für Demonstrationen, deren Hauptzweck es ist, politisch Andersdenkende einzuschüchtern und zu terrorisieren.

Die AfD Hamburg befürwortet daher den Erlass eines eigenen Versammlungsgesetzes in Hamburg, das sich am strengeren Versammlungsgesetz aus Bayern orientiert.

Ein solches Gesetz muss auch die Grundlagen schaffen, um leichter gegen Störer und Gegenversammlungen vorzugehen, die nur der Blockade einer früher angemeldeten Versammlung dienen. Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf nicht missbraucht werden, um andere in ihrer Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu verletzen und zum Schweigen zu bringen. Die Hamburger Polizei muss auch deutlich härter gegen unangemeldete Versammlungen vorgehen, wie sie gerne von der linksextremen Antifa als Terrormittel eingesetzt werden.

Wir wenden uns auch gegen Massenversammlungen von Ausländern auf unseren Straßen. Diese werden leider oft dazu missbraucht, um importierte ethnische Konflikte (z. B. jüngst im Kontext des Angriffs der Hamas auf Israel) auf unseren Straßen auszutragen. Deshalb halten wir daran fest, dass die Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8 Grundgesetz ein Deutschengrundrecht ist und Ausländer insoweit einfacher von Versammlungen ausgeschlossen werden können.

Wir wenden uns ebenfalls strikt gegen die Umgehung des Vermummungsverbots durch das medizinisch nicht notwendige Tragen von FFP2-Masken auf Versammlungen.

2. Migration und Islam: Die Massenmigration muss beendet werden

Migrationspolitik muss steuern und begrenzen, anstatt die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft zu befördern. Im November 2015 hielt eine Abgeordnete der Grünen eine Rede in der Hamburgischen Bürgerschaft, in der sie folgende Position formulierte:

> *„[…] unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, dass wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Das ist auch das, was Migrationsforscher und Forscherinnen sagen: wir werden in einer Stadt leben, in der es – einfach gesagt – dass unsere Stadt davon lebt, dass wir ganz viele verschiedene Ethnien haben – ganz viele Menschen – dass wir eine superkulturelle Gesellschaft haben. Das ist das, was wir haben werden in der Zukunft. Und ich sage Ihnen auch ganz deutlich, gerade in Richtung rechts: das ist gut so!“*

Die AfD Hamburg wird sich sämtlichen politischen Bestrebungen nach einer so verstandenen „superkulturellen“ bzw. multikulturellen Gesellschaft, und den damit häufig verbundenen Parallelgesellschaften, mit allen rechtsstaatlichen und politischen Mitteln widersetzen. Es steht einer kleinen Gruppe politischer Akteure nicht zu, das Staatsvolk anhand ethnischer Kriterien negativ umzugestalten und darauf hinzuarbeiten, die Mehrheitsbevölkerung und -kultur aufzulösen. Darüber kann nur das Staatsvolk in seiner Gesamtheit bestimmen.

Insofern teilen wir die Auffassung, die Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit bereits in der Zeitung DIE ZEIT vom 22. November 1991 formulierte:

> *„Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.“*

Diese Beschreibung der multikulturellen Gesellschaft ist heute Realität. Sie wurde ohne Einbeziehung der Bürger und ohne deren positive Willensbekundung forciert. Sie ist keine Utopie, welche es anzustreben gilt, sondern ein Zustand, der erhebliche gesellschaftspolitische Problematiken mit sich bringt.

Trotz der überwiegend einseitigen medialen Darstellung der Migration als etwas Positives sind die negativen Effekte mittlerweile in allen Lebensbereichen zu spüren:

- So waren allein im Jahre 2023 41,1 Prozent aller in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Tatverdächtigen Ausländer. Dies bedeutet: Eine Gruppe in der Bevölkerung, die laut amtlicher Statistik „nur“ 15,2 Prozent der Bevölkerung ausmacht (Ausländerquote) ist fast drei Mal so kriminell wie ein deutscher Staatsbürger. Dabei werden Migrationshintergrund sowie eine doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft in dieser Statistik von vornherein nicht berücksichtigt.
- Ebenfalls werden durch die zunehmende Migration die Probleme der Wohnungsknappheit in Hamburg verschärft. Migration drückt schon nach allgemeinen Marktgesetzen die Löhne der einheimischen Bevölkerung. Wenn immer mehr Menschen in Hamburg wohnen, der zur Verfügung stehende Wohnraum aber stagniert, wird der Wohnraum teurer.
- Gleichzeitig haben die Kosten allein für die Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg im Jahr 2023 wieder einmal die Grenze von einer Milliarde Euro überschritten – Kosten, die von der Allgemeinheit und dem Steuerzahler getragen werden müssen.

Eine glaubwürdige, restriktive Migrationspolitik ist der Markenkern der AfD und für viele Bürger ein Grund, uns zu wählen. Wir möchten aber keineswegs missverstanden werden: Wir sind, anders als es unsere politischen Konkurrenten wahrheitswidrig behaupten, weder Rassisten noch Ausländerfeinde.

Gut integrierte Migranten, die sich hier legal aufhalten und gesetzestreu verhalten, ihre Steuern zahlen, unsere Sprache sprechen, die täglich durch ihre eigene Arbeit und Anstrengung Lohn und Brot verdienen, die sich mit unserem Land identifizieren und es wertschätzen, sind für uns keine Feinde – im Gegenteil: Sie sind wichtige Verbündete gegen eine Politik, die am Ende des Tages allen Menschen in Hamburg schadet, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion.

Die AfD Hamburg setzt sich deshalb für folgende Maßnahmen ein:

2.1. Durchsetzung des geltenden Rechts und zulässiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen

Im Jahr 2023 sind wieder einmal fast die Hälfte aller Abschiebungen gescheitert (400 erfolgreiche Abschiebungen, 300 nicht erfolgreiche). Gleichzeitig waren gegen Ende desselben Jahres fast 10.000 Ausländer in Hamburg ausreisepflichtig. Hier besteht ein eklatantes Vollzugsdefizit, das dringend abgebaut werden muss.

Hamburg ist als Land für den Vollzug des geltenden Aufenthaltsrechts verantwortlich. Für uns ist deshalb klar: Hamburg muss gegenüber allen Ausreisepflichtigen eine Abschiebequote von 100 Prozent erreichen. Die AfD Hamburg wird daher

- eine lückenlose und präzise Erfassung und Identifizierung aller Asylbewerber sicherstellen, insbesondere durch die Abnahme von Fingerabdrücken und im Falle von Personen, die behaupten, minderjährig zu sein, eine verpflichtende Altersuntersuchung vorschreiben,
- die Zahl der Abschiebehaftplätze in Hamburg von derzeit 19 vervielfachen und die nötigen (verfassungs-)rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um Abschiebehaft auch im Rahmen des Regelvollzugs der Justizvollzugsanstalten durchzuführen,
- regelhaft volljährige vollziehbar Ausreisepflichtige, insbesondere Straftäter, schon vor Beginn ihrer Abschiebung mit einer elektronischen Fußfessel überwachen lassen, um zu verhindern, dass Ausreisepflichtige sich ihrer Abschiebung durch Untertauchen entziehen können,
- einen umfassenden und möglichst automatisierten Datenaustausch und -abgleich mit Bundesbehörden, anderen Länderbehörden, ausländischen Behörden und EU-Behörden forcieren, um Asylmissbrauch effizienter zu bekämpfen,
- die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Innenbehörde für „Abschiebebeobachtungen“ aus Steuermitteln sofort beenden,
- in allen Politikbereichen, in denen amtliche Statistiken erhoben werden, mehrfache Staatsangehörigkeiten und Migrationshintergrund erfassen lassen,
- über den Senat an Konsulate und Botschaften auswärtiger Staaten herantreten, um im Wege (ggf. informeller) Übereinkünfte Abschiebungen zu ermöglichen und zu erleichtern,
- und schließlich überflüssige „Integrationsmaßnahmen und -angebote“ für alle sich nur temporär in Hamburg aufhaltenden Migranten beenden und stattdessen auf eine Vorbereitung der Heimkehr in das Heimatland des Ausländers nach Wegfall des Aufenthalts- bzw. Fluchtgrundes setzen.

2.2. Strikte Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung

Asyl ist ein temporärer Schutzstatus, der im Regelfall mit der Rückkehr in das Ursprungsland für den Schutzsuchenden endet. Sobald keine Fluchtgründe mehr vorliegen, muss der betroffene Ausländer das Land verlassen. Die AfD Hamburg wird keinerlei Bemühungen unterstützen oder finanzieren, die darauf abzielen, diese Gruppe zu „integrieren“. In Fällen unverhältnismäßiger Härten können Ausnahmen gemacht werden.

Wir lehnen den sogenannten „Spurwechsel“ entschieden ab. Dieser dient lediglich der nachträglichen Legalisierung der illegalen Asylpolitik der letzten Jahre und wird zu einem Instrument der weiteren Förderung von Zuwanderung ausgebaut. Für uns gilt: Ein illegaler Grenzübertritt darf nicht in Legalität münden.

2.3. Reform des derzeitigen Aufenthaltsrechts

Die AfD Hamburg wird sich auf Bundesebene über den Bundesrat für eine tiefgreifende Reform des derzeitigen Aufenthaltsrechts einsetzen. Wir fordern ein deutlich restriktiveres Einwanderungssystem. Im Hinblick auf die Fluchtmigration muss es ein System nach australischem Vorbild geben. Bei der regulären und legalen Migration von qualifizierten Ausländern muss es ein Punktesystem geben, das die kulturellen und ökonomischen Gegebenheiten in Deutschland berücksichtigt und insbesondere berücksichtigt, dass nach der Massenmigration seit 2015 die Aufnahmekapazitäten Deutschlands und Hamburgs absehbar für die nächsten Jahrzehnte aufgebraucht sind. Legale Migration muss stets so gestaltet werden, dass sie der aufnehmenden Gemeinschaft nützt. Illegale Migration muss hingegen in allen Fällen wirksam unterbunden werden. Das heißt für uns: Konsequenter Schutz der deutschen und europäischen Grenzen und eine offensive Werbekampagne gegen illegale Migration.

2.4. Sachleistungen statt Geldleistungen für Schutzsuchende

Wer in Hamburg legal Schutz erhält, hat auf Grundlage der Menschenwürde Anspruch auf Nahrung, Obdach, medizinische Behandlung und Sicherheit. Er hat nach unserer Überzeugung aber keinen Anspruch auf gleichwertigen Zugang zu Sozialleistungen, die von unseren Bürgern finanziert werden.

Die AfD Hamburg wird daher die involvierten Behörden anweisen, humanitär gebotene Leistungen, die an schutzsuchende Ausländer erbracht werden, ausschließlich in Form von Sachleistungen zu erbringen. Die Gesetzeslage ist gegebenenfalls hierfür anzupassen.

Die zwischenzeitlich erfolgte Einführung einer Bezahlkarte ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, allerdings nicht weitgehend genug. Nur eine komplette Umstellung auf Sachleistungen wird gewährleisten, dass der wirtschaftlich motivierte Asylmissbrauch effektiv eingedämmt wird.

2.5. Zentrale Unterbringung nach dänischem Vorbild

Unser nördlicher Nachbar Dänemark hat äußerst positive Erfahrungen mit der zentralen Unterbringung von Asylbewerbern gemacht. Vor allem illegale Migranten bringt die sozialdemokratische Regierung Dänemarks auf der Ostseeinsel Lindholm unter. Dies ermöglicht eine bessere Kontrolle, schützt die eigenen Bürger und auch die Schutzsuchenden und setzt weitere Anreize für eine freiwillige Ausreise. Die AfD Hamburg wird sich am dänischen Vorbild orientieren. Besonders problematische Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg, beispielsweise am Überseering in der City Nord, müssen geschlossen werden.

2.6. Änderung des Königsteiner Schlüssels zu Gunsten von Großstädten

Vor allem westdeutsche Großstädte wie Hamburg sind durch das derzeitige Verteilungssystem für Schutzsuchende, dem Königsteiner Schlüssel, unangemessen benachteiligt. Eine Stadt, die im Jahr 2023 eine Ausländerquote von 20 Prozent hatte und in der fast 40 Prozent der Einwohner sowie mehr als die Hälfte aller Schüler in Hamburg einen Migrationshintergrund hatten, kann nicht in dem gleichen Maße belastet werden wie die Flächenländer.

Die AfD Hamburg wird sich – selbstverständlich neben generellen Bemühungen, die Migration nach Deutschland zu reduzieren – deshalb für eine maßgebliche Änderung des Königsteiner Schlüssels einsetzen, die Hamburgs spezifische Situation berücksichtigt und gewährleistet, dass der deutsche und mitteleuropäische kulturelle Charakter Hamburgs erhalten bleibt.

2.7. Keine Schlepperschiffe im Hamburger Hafen

Schlepperschiffe wie die „Sea-Watch 2“, die sich Seenotrettung auf die Fahnen schreiben, aber tatsächlich

- eine wesentliche Triebfeder für die illegale Massenmigration nach Europa sind,
- Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten falsche Hoffnungen machen und diese dadurch in Lebensgefahr bringen,
- gewaltsam in die Hoheitsgebiete souveräner und befreundeter Staaten wie zum Beispiel Italien eindringen,

sind in der Vergangenheit auch vom Hamburger Hafen abgelegt.

Die AfD Hamburg wird diese illegale Praxis beenden. Unsere Heimatstadt darf für Schlepper kein sicherer Hafen sein. Deshalb muss seitens der Hamburger Politik alles dafür getan werden, dass solche Schiffe im Hamburger Hafen weder ein- noch auslaufen dürfen. Die AfD Hamburg wird darüber hinaus die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Hamburger Behörden diese Schiffe beschlagnahmen können.

Auch im Hinblick auf etwaige Trägervereine der Schlepper wird die AfD Hamburg alle Anstrengungen unternehmen, um diesen die Gemeinnützigkeit zu entziehen und ein Vereinsverbot prüfen.

2.8. Verbot der islamischen Vollverschleierung im öffentlichen Raum

Unsere deutsche und mitteleuropäische Kultur ist geprägt von Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Dazu gehört auch, dass man sich im öffentlichen Raum in die Augen schauen kann. Die islamische Vollverschleierung ist ein Symptom der zunehmenden Islamisierung in Deutschland und konterkariert diese Werte. Europäische Demokratien wie Frankreich oder die Niederlande, welche die Vollverschleierung verboten haben, sind für uns Vorreiter.

Die AfD Hamburg wird daher die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass in Hamburg die islamische Vollverschleierung im öffentlichen Raum generell verboten wird. Beim Zuschnitt des Verbotes ist darauf zu achten, dass keine darüber hinausgehenden Freiheitsverluste für den Bürger entstehen. Etwaige (verfassungs-)rechtliche Voraussetzungen werden wir hierfür gegebenenfalls schaffen.

2.9. Kopftuchverbot an öffentlichen Einrichtungen

Die AfD Hamburg wird dafür sorgen, dass ein generelles Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Dienst eingeführt wird. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass das französische (und früher auch türkische) Vorbild übernommen wird. Dazu zählen wir Behörden, Schulen und Universitäten, aber auch beispielsweise Krankenhäuser in staatlicher Trägerschaft oder Einrichtungen, die vom Staat (mit)finanziert werden.

2.10. Kündigung des Staatsvertrages mit den islamischen Verbänden

Als erste Landesregierung hat der Hamburger Senat am 13. November 2012 einen Staatsvertrag mit verschiedenen islamischen Interessen-Verbänden geschlossen. Dieses Ereignis markiert einen historisch einmaligen Vorgang und könnte als wegweisend für die Frage gelten, wie der deutsche Staat in Zukunft sein Verhältnis zu einer stetig wachsenden muslimischen Minderheit gestalten will, die sich durch eine verstärkte Hinwendung zum Islam auszeichnet und von Organisationen vertreten wird, die eine rechtliche Gleichstellung mit den Kirchen anstreben. Seit seiner Ratifizierung wird der Staatsvertrag in der Öffentlichkeit als Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft gepriesen, die auf den Prinzipien von Offenheit und Vielfalt beruhe. Die Präambel des Staatsvertrages enthält gar die Feststellung, dass die Bürgerinnen und Bürger islamischen Glaubens einen bedeutenden Teil der Bevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg bilden und der Islam als ihr gelebter Glaube zu einem festen Bestandteil des religiösen Lebens geworden sei. Ferner wird betont, Religion könne einen wertvollen Beitrag als Mittlerin zwischen unterschiedlichen Kulturen und Traditionen leisten.

Zwölf Jahre später muss festgestellt werden, dass das integrative Konzept des Staatsvertrags gescheitert ist: Anstatt ihre Religion als „Mittlerin“ zu verstehen, haben die begünstigen Interessen-Verbände den Islam erfolgreich als Faktor politischer Macht eingesetzt. Anstatt eine Öffnung gegenüber dem säkularen Gemeinwesen zu vollziehen, haben sie sich in keinem einzigen Punkt ihrer Agenda dazu bereit erklärt, hinsichtlich ihrer sozialen Dogmen Abweichungen oder gar Kompromisse zu akzeptieren, geschweige denn ihre daraus abgeleiteten Maximalforderungen kritisch zu hinterfragen. Erst auf massivsten politischen Druck, maßgeblich der AfD, hat das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) den Islamverband Schura verlassen.

Da die islamischen Interessen-Verbände bzw. die mit ihnen assoziierten Gemeinden nicht selten aus dem Ausland gesteuert werden, hat der Hamburger Senat mittelbar einen Staatsvertrag mit fremden Staaten geschlossen. Dieser Befund verdichtet sich besonders am Beispiel von DITIB-Nord, das über seine Kölner Zentrale nachgerade vom türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten DIYANET abhängt und in der Vergangenheit in Hamburg durch zahlreiche islamistische Verfehlungen aufgefallen ist.

Die AfD Hamburg wird diese Zusammenarbeit beenden. In dem Wissen, dass die islamischen Interessenverbände Staatsverträge nicht als Chance zur Integration in das säkulare Gemeinwesen, sondern als Vehikel zur Durchsetzung ihrer eigenen Maximalforderungen verstehen, wird sie den Staatsvertrag kündigen. Dass im Falle Hamburgs ausländische Regierungen ihren Einfluss seit jeher für eine politische Indoktrinierung der hier lebenden Muslime missbrauchen, offen subversive Bestrebungen erkennen lassen und dabei jahrelang staatliche Fördermittel für den Kampf gegen islamischen Extremismus erhalten haben, hält die AfD Hamburg für untragbar. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die islamischen Interessenverbände aufgrund ihrer Rechtsform als eingetragene Vereine ohnehin nur für sich selbst, nicht aber für breite muslimische Bevölkerungsteile zu sprechen in der Lage sind.

Schließlich versteht es die AfD Hamburg als ihre Pflicht, den Export des „Hamburger Modells“ in andere Bundesländer zu verhindern und lehnt es ab, die durch den Staatsvertrag erzeugten Probleme in den Mantel des Nichtwisssens zu hüllen. Nach erfolgter Kündigung des Staatsvertrags können die Pflichten der islamischen Gemeinden in Hamburg im Wege der verbindlichen Gesetzgebung festgelegt werden.

2.11. Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg

Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) ist ein islamistischer und antisemitischer Schandfleck für unsere Stadt, das darüber hinaus direkt vom Mullah-Regime aus Teheran gesteuert wird. Die AfD fordert deshalb, dass unverzüglich ein Verbotsverfahren gegen das IZH eingeleitet wird.

3. Wohnen und Soziales: Freiheit und Chancengleichheit für alle Bürger

Die Teilhabe an Verwirklichungschancen im Leben ist der zentrale Aspekt gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Jedes Individuum ist mit unterschiedlichen Anlagen, Präferenzen, Neigungen, Antrieben und Idealen ausgestattet. Die Lebensverläufe, Lebensentwürfe und Erfolge im Leben können deshalb niemals einheitlich sein. Gerechtigkeit bedeutet daher, Gleichheit in den Startchancen zu gewährleisten und gleichzeitig dem Bürger Möglichkeiten zur freien Entfaltung zu geben. Dort, wo jemand unverschuldet ein spezielles „Handicap“ hat, muss dieses selbstverständlich ausgeglichen, abgemildert oder unterstützend eingegriffen werden.

Die Wohnungsfrage ist eine zentrale soziale Frage. Eine angemessene, auskömmliche und bezahlbare Wohnraumversorgung muss für geringe und mittlere Einkommen gewährleistet sein. Wohnraum ist knapp und teuer, weil

- eine Landflucht vorherrscht, die zu einer Ausdünnung ländlicher Gebiete führt,
- die anhaltende Massenmigration den Wohnungsmarkt belastet,
- in der Single-Hochburg Hamburg zunehmend Menschen allein in einer Wohnung leben.

Das Wohngeld gemäß Bundesgesetz berücksichtigt die Mietenentwicklung völlig unzureichend. Deshalb soll es durch ein Hamburger Wohngeld aufgestockt werden.

Die Eigentumsbildung soll ermöglicht werden, indem Eigenkapital vorfinanziert wird und die monatliche Belastung durch ein Bau-Wohngeld erträglich wird.

3.1. Einheimischenmodell für Hamburg

Bauland und Wohnraum werden immer teurer. Insgesamt wird es immer enger und die Lebensqualität sinkt. Deshalb setzt sich die AfD Hamburg für ein Einheimischenmodell ein.

Um die Attraktivität Hamburgs langfristig zu erhalten, sollen Grundstücke für den Wohnungsbau zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Bei der Baulandentwicklung für den Wohnungsbau verfolgt die AfD Hamburg das Ziel, die einkommensschwächere und weniger vermögende einheimische Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu versorgen.

Viele Kommunen haben bundesweit sehr erfolgreich Einheimischensatzungen etabliert. Dieses Instrument, das gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch den Erwerb angemessenen Wohnraums durch einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der ortsansässigen Bevölkerung berücksichtigt, möchte auch die AfD Hamburg zum Wohle der Hamburger Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Das Engagement in einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die von Dauerhaftigkeit geprägt ist und ernsthaft verfolgt wird (z.B. aktive Mitgliedschaft in einer Freiwilligen Feuerwehr/Jugendfeuerwehr, Vorstands- oder Übungsleitertätigkeit in einem ortsansässigen Verein), die Tätigkeit in Engpassberufen sowie die Anzahl der Jahre, in denen ein zu versteuerndes Einkommen erzielt wurde, sollen wichtige Kriterien sein, die sich in einem Punktesystem niederschlagen sollen. Damit wollen wir auch die Identität des Ortes und seinen gewachsenen sozialen Zusammenhalt (Vereinsleben, Ehrenamt etc.) nachhaltig sichern.

3.2. Keine Nachverdichtung nach „Hamburger Maß“

Der Senat will aus der Stadt Hamburg, in der heute schon über 1,9 Millionen Menschen leben, bis 2030 eine Megacity mit über zwei Millionen Einwohnern machen. Das lehnen wir klar ab.

Wir lehnen auch die genau diesem Ziel dienende brutale Nachverdichtung bereits vorhandener städtischer Wohngebiete ab, wie sie der Senat betreibt und mit seiner Mitteilungsdrucksache „Leitlinie zur lebenswerten kompakten Stadt – Hamburger Maß“ vorgestellt hat.

Zwar spricht nichts dagegen, entlang der großen Hauptverkehrsstraßen der Stadt jeweils in erster Reihe eine attraktive, höhere und teilweise gewerblich genutzte Bebauung zu schaffen, schon um die dahinter liegende Wohnbebauung besser vor Verkehrslärm zu schützen.

Je nach Lage des Einzelfalls bietet es sich auch an, freiwerdende Gewerbeflächen für den Wohnungsbau im bewährten Drittelmix (ein Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau, ein Drittel frei finanzierter Wohnungsbau, ein Drittel Eigentumswohnungen) zu nutzen. Die auf diesen Flächen errichteten Neubaugebiete sind aber, wie sich schon jetzt zeigt, sehr häufig erdrückend und viel zu eng bebaut.

Völlig inakzeptabel sind aber die Pläne des Senats, sehr viele der historisch gewachsenen Wohnquartiere im Geschosswohnungsbau kompromisslos nachzuverdichten, sei es durch intensive Bebauung der Innenhöfe von Quartieren mit Blockrandbebauung, sei es durch Aufstockung vorhandener Gebäude um oft mehrere Geschosse.

Völlig inakzeptabel sind u.a. auch die Pläne des Senats, den Charakter und die Eigenart der Elbvororte und der Walddörfer nachhaltig und grundlegend zu ihrem Nachteil zu verändern, z.B. dadurch, dass in Wohngebieten künftig möglichst nur noch Reihen- und Stadthäuser geplant, also Einfamilienhäuser planungsrechtlich verdrängt werden sollen, dass darüber hinaus künftig auf großzügige private Gärten verzichtet werden soll, die planungsrechtlich durch „multifunktionale öffentliche Freiflächen“ ersetzt werden sollen, und dass künftig die städtebauliche Dichte im Umkreis von 600 Metern um alle S-Bahn-Stationen (also auch z.B. Othmarschen, Hochkamp, Klein-Flottbek) besonders erhöht werden soll, weil die Menschen dort kein Auto mehr haben sollen.

Vielmehr sollten die vorhandenen Mittel für eine nachhaltig bessere verkehrliche Erschließung des Umlandes jenseits der Hamburger Landesgrenzen eingesetzt werden, um den Menschen, die in Hamburg arbeiten, aber die hohen Mieten nicht zahlen können oder wollen, ein Leben außerhalb der Großstadt - und dennoch gut und schnell angebunden - zu ermöglichen. Und auch die Digitalisierung des Umlandes sollte mit Hamburger Mitteln vorangetrieben werden. Sie wird dazu führen, dass immer mehr Arbeitsplätze nicht mehr an den Wohnort gebunden sind. Insofern werden Zuzüge nach Hamburg allein wegen des Arbeitsplatzes zunehmend nicht mehr notwendig sein und die Stadt entlasten.

3.3. Hamburger Wohngeld: Menschen statt Beton fördern

Über 300.000 unversorgte Hamburger Haushalte haben gemäß erstem Förderungsweg Anspruch auf eine Sozialwohnung. Den dafür ausgestellten Berechtigungsscheinen stehen jedoch keine verfügbaren Wohnungen gegenüber. Jährlich werden lediglich weniger als 3.000 Sozialwohnungen (also Wohnungen, die mit staatlichen Zuschüssen entstehen) neu gebaut. Eine weitere Steigerung ist kaum möglich.

Deshalb hat die AfD Hamburg ein „Hamburger Wohngeld“ entwickelt, das diejenigen berechtigen Mieter bezuschusst, die bisher aufgrund des mangelnden Angebots nicht in den Genuss einer Sozialwohnung gekommen sind.

Finanziert wird dieses Wohngeld mit denjenigen 750 Millionen Euro, die mittlerweile für die Förderung von Sozialwohnungen vorgesehen sind.

3.4. Mehr Eigentum für unsere Bürger

In Hamburg wohnen nur 25 Prozent der Bürger in einem eigenen Haus oder Wohnung. Zum Vergleich: Bundesweit sind es 47 Prozent, in der EU durchschnittlich 69 Prozent, dabei sind Spitzenreiter Kroatien mit 90 Prozent und Rumänien mit 96 Prozent. Hamburg ist zusammen mit Berlin absolutes Schlusslicht.

Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, die Eigentümerquote in Hamburg deutlich zu erhöhen. Schuldenfreies Wohneigentum schützt nachhaltig vor Mieterhöhungen, Kündigungen, Altersarmut und bildet inflationssicheres Vermögen.

Die AfD Hamburg sieht u.a. folgende Entlastungen beim erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten, neu errichteten oder gebrauchten Immobilie vor: Erlass der Grunderwerbsteuer und Grundbuchkosten, Deckelung der Notarkosten, Besteller (das ist in der Regel der Verkäufer) trägt die Maklerkosten, Zahlung eines Bau-Wohngeldes.

Finanziert wird dieses Bau-Wohngeld aus den Mitteln, die bisher für den sozialen Mietwohnungsbau vorgesehen sind (nach Abzug der Aufwendungen für das Hamburger Wohngeld).

Ein Verbot von Einfamilienhäusern, so wie es faktisch im Bezirk Hamburg-Nord praktiziert wird, lehnen wir strikt ab.

3.5. Bauen muss wieder günstig werden

Bezahlbare Wohnungen und Eigenheime sind in Hamburg Mangelware. Die hauptsächlichen Kostentreiber sind steigende Rohstoffpreise und Zinsen, Lieferengpässe, Zwang zum Solardach und zu energetischer Sanierung der Gebäude. Wir fordern die Abschaffung der völlig überzogenen unbezahlbaren energetischen Vor- und Abgaben für Gebäude.

3.6. Kostenloses Mittagessen an Schulen und Entlastung arbeitender Familien

Der Lebensstandard vieler Familien in Hamburg ist niedrig. Während die Kinder von Wohngeldbeziehern und Beziehern anderer Sozialleistungen durch staatliche Leistungen gefördert werden, geht ein hoher Anteil arbeitender Familien mit niedrigem bis mittlere Einkommen leer aus. Diese erhalten keine Sozialleistungen und zahlen in der Regel hohe Mieten. Damit liegt ihr Lebensstandard häufig unter dem von Familien, die Sozialleistungen erhalten.

Hierin sehen wir eine Gerechtigkeitslücke. Um diese Familien zu entlasten, möchten wir sie von bestimmten Kosten, die durch Benutzung der Bildungsinstitutionen anfallen, befreien. Dazu zählen wir beispielsweise die Kosten für das Mittagessen in der Schule. Auch setzen wir uns für steuerliche Entlastungen solcher Familien über Kinderfreibeträge ein.

3.7. Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden

Aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum werden immer mehr Menschen in Hamburg obdachlos. Obdachlosigkeit ist ein schwerer Schicksalsschlag, bei dem staatliche Unterstützung der Betroffenen geboten ist. Für kurzfristig obdachlos gewordene Menschen aus dem Hamburger Raum können Mikroappartements in städtischem Eigentum in der Größe von kleineren Studentenappartements für eine Übergangszeit zur Verfügung zu stellen. Für Menschen in Dauerobdachlosigkeit, die ursprünglich aus dem Hamburger Raum kommen, müssen ebenfalls geeignete Maßnahmen getroffen werden,

um sie in eine auf Dauer menschenwürdige Wohnsituation in städtischem Eigentum zu bringen. Insbesondere bei jüngeren Menschen sollten neben der Verschaffung von Wohnraum soziale Maßnahmen getroffen werden, um sie in die Gesellschaft zu integrieren.

Für Obdachlose in Hamburg, die nicht aus dem Hamburger Raum kommen, muss weiterhin das Winternotprogramm vorgehalten werden.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch dazu, dass zwei Drittel aller Obdachlosen in Hamburg Ausländer sind. Die Verantwortung für das Wohlergehen dieser Menschen trifft in erster Linie die Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer. Obdachlose Ausländer sind deshalb konsequent in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.

3.8. Grundsteuer abschaffen und Grunderwerbsteuer beim Erstkauf aussetzen

Das neue Grundsteuermodell hat zu einer deutlichen Mehrbelastung für Mieter und selbstnutzende Eigentümer geführt. Dieses von Olaf Scholz kreierte Modell legt neben der Wohnfläche auch den durchschnittlichen Wert der Grundstücke und die Mietpreisentwicklung in einem bestimmten Gebiet zugrunde, außerdem das Baujahr der Immobilie. Eine Neubewertung von 35 Millionen Grundstücken alle sieben Jahre führt zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand mit immensen Kosten. Es wird bereits heute von einem „Bürokratiemonster“ und einer der kompliziertesten Steuern weltweit gesprochen. Allein auf Staatsseite entstehen durch die Einführung deutschlandweit Kosten von 500 Millionen Euro. In Hamburg werden pro Einwohner und Jahr 255 Euro durch diese verwaltungsintensive Steuer eingenommen.

Deshalb möchten wir die Grundsteuer langfristig abschaffen. Darüber hinaus möchten wir junge Familien beim Kauf ihrer ersten Wohnung oder ihres ersten Hauses entlasten, indem wir sie von der Zahlung der Grunderwerbsteuer befreien.

4. Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung: Freie Wahl für alle

Die AfD Hamburg wird mit einer intelligenten Stadtentwicklungspolitik die Lebensqualität verbessern und die Voraussetzungen für eine lebens- und liebenswerte Stadt schaffen. Dabei ist Wachstum mit Augenmaß unser Motto, nicht Wachstum, „koste es, was es wolle“.

Hamburg darf nicht mehr Stauhauptstadt sein. Die AfD Hamburg wird daher die Verkehrsinfrastruktur sichern, modernisieren und ausbauen. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung moderner Gesellschaften, fester Bestandteil der persönlichen Freiheit eines jeden Bürgers und für unsere Wirtschaft von existenzieller Bedeutung.

Im Süden Hamburgs liegt das Herzstück der Stadt, der Hafen mit seinen über 150.000 Arbeitsplätzen, der besonders empfindlich durch die unzulängliche und heruntergewirtschaftete Verkehrsinfrastruktur belastet ist.

In weiten Teilen des Straßennetzes und des ÖPNV sind die Kapazitätsgrenzen überschritten. Die mangelnde Instandsetzung der Infrastruktur ließen Hamburg in den letzten 25 Jahren von der Substanz leben.

Wichtig ist uns: Die Bürger sollen selbst entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Die Politik soll nicht durch Verbote, Gängelung und Bevormundung Einfluss auf diese Wahl nehmen, sondern durch die Schaffung attraktiver Angebote, zum Beispiel im ÖPNV-Bereich, Anreize für die Bürger setzen.

Die ideologiegetriebene Bekämpfung und Vernachlässigung der Autofahrer und des Individualverkehrs insgesamt lehnen wir ab. Eine vernünftige Verkehrspolitik hat sich stattdessen an den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer auszurichten und darf nicht einseitig gegen die Autofahrer agieren. Wir wollen ein solidarisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und plädieren für eine vernünftige Aufteilung der Verkehrswege.

4.1. Metropolregion Hamburg aktivieren

Hamburg ist das Zentrum unserer Metropolregion. Die Landkreise der Umgebung verfügen über ausreichend Flächen für Wohnungen, Industrie, und Gewerbe, die in Hamburg stark begrenzt sind. Gleichzeitig hält Hamburg viele im Umland nicht verfügbare zentrale Einrichtungen und Funktionen vor.

Die AfD Hamburg wird unsere Metropolregion aktivieren und zu einer Planungsregion umbauen, die diese theoretischen Synergien zusammen mit den umliegenden Landkreisen praktisch nutzbar macht. Stadtplanung hört für uns nicht an der Stadtgrenze auf!

4.2. Neue Altstadt Hamburg

In der Nachkriegszeit wurde das zerstörte Hamburg als autogerechte Stadt wiederaufgebaut, gewachsene historische Zentren gingen verloren.

Die AfD Hamburg setzt sich für die Entwicklung eines Konzeptes „Neue Altstadt Hamburg“ an zwei Stellen:

Erstens könnte der historische Hopfenmarkt vor der Ruine der Nicolaikirche in kleinteiligen Häusern wiedererstehen, statt des geplanten Bürokomplexes „Burstah-Ensemble“.

Zweitens müsste für den historischen Schaarmarkt die heutige „Michelwiese“ und das Verlagsgebäude Gruner + Jahr, das von der Stadt gekauft wurde, weichen. Eine neue Bebauung zwischen Michel und Hafen würde das bei Touristen beliebte „Portugiesen-Viertel“ mit dem Umfeld der Kirche verbinden.

4.3. Hauptverkehrsadern leistungsfähig halten

Allein in Hamburg sind über 800.000 Kraftfahrzeuge registriert. Täglich pendeln über 330.000 Ein- und Auspendler von und nach Hamburg.

Die hochfrequentierten Hauptverkehrsstraßen in ihrer Kapazität einzuschränken, in dem Fahrstreifen durch Radschutzstreifen ersetzt werden, lehnen wir strikt ab. Die AfD Hamburg wird stattdessen die Hauptverkehrsstraßen zweckgemäß als leistungsfähige Verkehrsadern erhalten.

Der „Sprung über die Elbe“ wird ohne zusätzliche neue Verkehrsanbindungen in Richtung Süden nichts werden. Wir setzen uns daher für die schnellstmögliche Verlängerung der U4 in Richtung Harburg, sowie für eine zügige Realisierung neuer Elbquerungen ein.

4.5. Keine Fahrverbote: Hamburg muss attraktiv für Autofahrer bleiben

Die Verdrängung des Individualverkehrs macht die Stadt unattraktiv. Die ideologisch begründete und als Umweltmaßnahme verkaufte Verteufelungskampagne gegen die Autofahrer muss beendet werden.

Zu diesem Zweck werden wir

- die hafenseitige Verbindung zwischen den Autobahnen A7 und A1 (Hafenquerspange) umgehend realisieren,
- die Elbquerungen bei Glückstadt und Geesthacht zügig umsetzen,
- „Park-and-Ride“-Häuser für HVV-Karteninhaber kostenlos nutzbar machen
- und sinnlose Durchfahrtsverbote für Dieselfahrzeuge aufheben.

Fahrverbote, gleich welcher Art, haben gravierende negative Auswirkungen auf Hamburgs Funktionsfähigkeit insgesamt und behindern die Pendler, den Handel und die Wirtschaft gleichermaßen. Anwohner von Umfahrungsstrecken werden durch das erhöhte Verkehrsaufkommen unverhältnismäßig belastet.

Das so genannte „Anwohnerparken“ lehnen wir als Abzocke der Bürger ab.

4.6. Mobilität läuft nicht nur auf Batterien

Das Batterieauto mag für bestimmte Anforderungen seine Berechtigung haben, ist aber als generelle Mobilitätsstrategie ein politisch erzwungener Irrweg mit starker Umweltbelastung. Batterieautos können Diesel- und Benzinaggregate bei weitem nicht ersetzen. Die AfD Hamburg wird daher andere zukunftsweisende Technologien wie Hybridtechnologien forcieren.

4.7. Schluss mit dem Parkplatzabbau

Der massive Parkplatzabbau muss nicht nur beendet, sondern umgekehrt werden, bis eine bedarfsdeckende kostenfreie Anzahl von Parkplätzen vorhanden ist. Der „Suchverkehr“ nach Parkplätzen, der rund ein Drittel des Stadtverkehrs ausmacht, wird so wesentlich reduziert. Die Einschränkungen der Parkplatzverfügbarkeiten durch Umnutzungen, Abpollerungen und unprofessionelles Baustellenmanagement lehnt die AfD ab. Die Stellplatzbauverpflichtung bei Wohnungsneubauten muss wieder eingeführt werden.

4.8. Baustellen zügig abschließen

Die AfD Hamburg steht für eine intelligente Baustellenkoordination mit durchdachtem Ressourceneinsatz für eine schnellere bauliche Umsetzung in Großbaustellen. Die Anzahl parallel betriebener Baustellen werden wir begrenzen. Um einen schnelleren Abschluss von Bauarbeiten zu forcieren werden wir darauf achten, dass Mehrschichtbetrieb oder Bonuszahlungen bei schnellerer Fertigstellung von Anfang an vertraglich vereinbart werden.

4.9. Keine Citymaut mit der AfD

Nach Angaben des ADAC zahlen die PKW-Nutzer bereits jährlich 53 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben im Verkehrsbereich. Diese müssen sinnvoller eingesetzt werden. Der ÖPNV wird darüber hinaus nur durch Ausbau attraktiver, nicht durch das Abkassieren der Autofahrer.

Die AfD Hamburg lehnt sowohl die City-Maut als auch die Maut für alle ab. Aus dem Stau-, Parkplatz und Luftverschmutzungsproblem nun eine Maut folgen zu lassen, ist der falsche Weg. Die Maut zieht eine weitere dauerhafte und erhebliche finanzielle Belastung für Gering- und Normalverdiener nach sich. Auch der innerstädtische Einzelhandel lebt in erheblichem Umfang von Konsumenten aus dem Umland. Mit einer Maut würden sich die Geschäfte in neue Einkaufszentren am Stadtrand oder in die Nachbargemeinden verlagern.

4.10. Den ÖPNV durch Ausbau attraktiv gestalten

Die AfD Hamburg steht für einen zuverlässigen, günstigen, pünktlichen und sicheren öffentlichen Personennahverkehr. Die Umsetzung wird durch einen Verkehrsentwicklungsplan erreicht, der zielgerichtet und schlüssig aufzeigt, wo Hamburg 2050 verkehrlich stehen wird. Konzeptlose und milliardenschwere Leuchtturmprojekte, wie die Wiederaufnahme der Straßenbahnpläne oder Teile der U5, lehnt die AfD Hamburg ab.

Ziel unseres Verkehrskonzeptes ist es, Pendlerströme zu verringern, leistungsfähige Verkehrsadern mit begleitender Wohn- und Gewerbeflächenplanung in der Metropolregion zu entwickeln und dadurch der zunehmenden Verdichtung unserer Stadt entgegenzuwirken. Dazu gehört die Verlängerung des schienengebundenen ÖPNV weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Das HVV-Tarifsystem muss dabei vereinfacht und ökonomisch gerecht gestaltet werden.

4.11. Fußgänger, Radfahrer, neue Mobilität – für alle besteht Handlungsbedarf

Alle sprechen vom Fahrrad und E-Roller, keiner vom Fußgänger, dem schwächsten Verkehrsteilnehmer. Daher die klare Aussage: Der Bürgersteig gehört einzig und allein dem Fußgänger, Zuwiderhandlungen sind zu ahnden.

Die Instandsetzung von Gehwegen muss mit mehr Ressourcen barrierefrei und behindertengerecht zügiger umgesetzt werden. Ausbau von Verkehrswegen für Auto und Fahrrad darf nicht zu dessen Lasten gehen.

Der Ausbau der Velorouten, ohne unverhältnismäßige Einschränkung anderer Verkehrsteilnehmer, ist nach Jahrzehnten des Stückwerks endlich fertig zu stellen. Ein größenwahnsinniges „Radschnellwegenetz“ – Autobahnen für Fahrräder – lehnen wir hingegen als realitätsfremdes Ideologieprojekt ab.

Bei der Konzeption von neuen Radwegen soll auf ein störungsfreies, baulich voneinander getrenntes Miteinander von Radfahrern, Fußgängern und Autofahrern geachtet werden. Ferner wird die AfD Hamburg ein umfangreiches Sanierungsprogramm für bereits bestehende Radwege aufsetzen.

Das E-Roller-Chaos in unserer Stadt wollen wir durch härtere Strafen für die regelwidrige Abstellung beenden.

4.12. Sport braucht Stadtentwicklung

Mit der Dekadenstrategie hat Hamburg einen hervorragenden Leitfaden, um sportpolitische Ziele zu verwirklichen. Diese gilt es, endlich auch vollumfänglich in der Stadtplanung und der Sportförderung umzusetzen. In diesem Sinne gilt es, im Gegensatz zu der heutigen Politik, den Breitensport und insbesondere auch kleinere Sportvereine durch einen Sockelbeitrag gezielt zu fördern.

Sportvereine übernehmen zunehmend Landesaufgaben. Dies wollen wir nicht: Staatsaufgaben müssen in der öffentlichen Hand bleiben.

5. Bildung: Hamburg muss Spitzenreiter werden

5.1. Hamburgs Zukunft braucht hochwertige Bildung

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer Begabungen und Fähigkeiten wie auch ihrer Leistungsbereitschaft optimal entwickeln können. Dies hat nicht nur Bedeutung für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft und Volkswirtschaft.

Es ist jedoch eine weit verbreitete Fehlannahme, Abitur und Studium seien heutzutage das für alle erstrebenswerte Bildungsziel. Berufsqualifizierende Abschlüsse sind in ihrer Wertigkeit und in ihrem Nutzen für Gesellschaft und Volkswirtschaft von ebenfalls hoher Bedeutung. Wir sind der Überzeugung, dass die Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien diese unterschiedlichen Bildungswege wieder profilierter abbilden müssen. Dazu ist die verheerende Entwicklung der vergangenen Jahre unter Rot-Grün zu immer höheren Abiturientenquoten, verbunden mit einer deutlichen Absenkung der Leistungsstandards, zu stoppen.

Wir treten für ein differenziertes, leistungsorientiertes System von Stadtteilschulen und Gymnasien mit qualitativ hochwertigen Bildungsabschlüssen ein.

5.2. Unterrichtsqualität verbessern

Der Schlüssel zu qualitativ hochwertigen Bildungsabschlüssen liegt in der Verbesserung der Unterrichtsqualität. Dieses Ziel darf sich aber nicht an ideologischen Befindlichkeiten oder Vorgaben politischer Korrektheit orientieren, sondern muss maßgeblich die Befunde und Erkenntnisse empirischer Bildungsforschung einbeziehen. Wir sind davon überzeugt, dass erst dadurch wesentliche Verbesserungen der Unterrichtsqualität an den Hamburger Schulen erreicht werden können.

5.2.1. Unterricht sinnvoll strukturieren

Schüler lernen am erfolgreichsten, wenn Lehrer den Unterricht sinnvoll strukturieren und die Vermittlung neuer Wissensinhalte und Fertigkeiten anleiten. Hiervon profitieren alle Schüler, insbesondere aber die Leistungsschwächeren. Diesen Erkenntnissen steht leider eine rot-grüne Praxis in Hamburg entgegen, bei der Lehrer immer stärker in die Rolle von „Lernbegleitern“ gedrängt und Schüler im Unterricht mit Arbeitsblättern und Gruppenarbeiten überfrachtet werden.

Wir setzen uns deshalb für einen Unterricht und eine Lehrerausbildung ein, in der methodische Vielfalt ihren Platz hat, aber das Strukturieren und Anleiten von Lernprozessen durch den Lehrer leitend bleiben muss. Lehrer- und schülerzentrierte Wissensvermittlung sollen in einer angemessenen Mischung erfolgen.

5.2.2. Fachliche und pädagogische Ausbildung der Lehrer stärken

Eine ebenso wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen liegt in der gründlichen Ausbildung der Lehrer. Sie sollen über ein hohes Fachwissen verfügen, die Fachdidaktik beherrschen und pädagogisch-psychologisch geschult sein.

Die AfD Hamburg setzt sich für eine nach Schulabschlüssen differenzierte Lehrerausbildung ein. Die Reform der Hamburger Lehrerausbildung, die teilweise den Einheitslehrer für Stadtteilschulen und Gymnasien vorsieht, muss zurückgenommen werden.

Regelmäßige Unterrichtspraktika sind frühzeitig in das Studium zu implementieren. Angehende Lehrer sollen im Rahmen dieser Unterrichtspraktika auch hinsichtlich ihrer Eignung für den fachlich und insbesondere pädagogisch anspruchsvollen Lehrberuf psychologisch beraten werden.

5.2.3. Stärkung fachlicher Inhalte statt einseitiger Kompetenzorientierung

Wir wollen den Unterricht wieder stärker an fachlichen Inhalten ausrichten, anstatt einseitig auf den Erwerb von Kompetenzen zu setzen. „Üben“ und „Wiederholen“ sind gerade in der Grundschule und der Sekundarstufe I wichtige Prinzipien, die über den weiteren Lernerfolg entscheiden und die Basis für das abstraktere Lernen in den höheren Jahrgangsstufen legen. Wir wollen daher die Prinzipien des Übens und Wiederholens in die Bildungspläne der Kernfächer Mathematik, Deutsch sowie der ersten Fremdsprache mit verbindlichen Zeitumfängen festschreiben. Jährlich sollen Vergleichsarbeiten und Tests durchführt werden. Der Lernzuwachs ist durch diese Vergleichsarbeiten zu überprüfen.

5.2.4. Mut zu mehr äußerer Differenzierung

Wir wollen die Zusammensetzung der Lerngruppen an den Hamburger Schulen in den besonders wichtigen Kernfächern wieder stärker an den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schüler ausrichten. Die übertriebene „Binnendifferenzierung“ und „Individualisierung“ des Unterrichts, wie sie Rot-Grün propagiert, ist an ihre Grenzen gestoßen.

Zu hohe Leistungsunterschiede in den Klassen verlangsamen das Lerntempo und führen zu Frustration durch Über- und Unterforderung. Eine homogenere Zusammensetzung ermöglicht dagegen eine effektivere Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten sowie eine höhere Vertiefung der Lerninhalte. Dies liegt letztlich im Interesse aller, der Leistungsstarken wie der Leistungsschwachen.

Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass in den (größeren) Stadtteilschulen die Jahrgangsstufen in den Kernfächern Mathematik, Deutsch sowie der ersten Fremdsprache in leistungsstärkere und leistungsschwächere Gruppen aufgeteilt werden, damit die Schüler weder über- noch unterfordert werden.

5.2.5. „MINT“-Fächer stärken

Unser Wohlstand beruht auch auf dem Einsatz von innovativen Technologien. Die Hamburger Schulen müssen verstärkt auf diese Qualifikationen hin ausbilden. Unterricht ist technologiefreundlich, offen für Innovationen und ideologiefrei-wissenschaftsgestützt zu gestalten. Das Gewicht der „MINT“-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) im Stundenplan ist zu erhöhen.

Ein gemeinsam mit der Wirtschaft aufzulegendes Förderprogramm „MINT“ würde für eine Ausstattung der Fachräume nach neuestem technologischem Standard und der zusätzlichen Anwerbung von Fachlehrern sorgen. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch an Schulen mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt die zusätzliche Einstellung von Laborleitern forcieren, um den Unterricht besser vor- und nachbereiten zu können und die effektive Lernzeit des naturwissenschaftlichen Unterrichts zu erhöhen.

5.2.6. Mut zur Leistungsbereitschaft

Während linke Politik einseitig auf einen natürlichen Lerntrieb des Kindes baut, sieht die AfD Hamburg die Erziehung zu Lern- Leistungsbereitschaft als fundamental wichtig an. Lernen kann nicht immer nur Spaß machen – Lernen kostet auch Mühe. Erfolgreiches schulisches Lernen ohne Leistung und Anstrengung ist eine fatale Illusion.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bewertungen in Notenform anhand sachlicher Kriterien ab der 2. Klasse verbindlich an allen Hamburger Grundschulen erfolgen. Dies gibt Kindern und Eltern Orientierungshilfen und entspricht in der Regel auch dem Wunsch der Kinder und Jugendlichen, sich mit anderen zu messen.

Schriftliche Lernerfolgskontrollen und Klassenarbeiten sind elementarer Bestandteil des Lernens. Wir wenden uns gegen eine weitere Aushöhlung der Instrumente schulischer Leistungsbewertung, wie sie von Rot-Grün in den vergangenen Jahren betrieben wurde.

Wir werden daher die 50-Prozent-Regel bei Tests und Klassenarbeiten wieder einführen, welche festlegt, dass Schüler für die Note „4“ (ausreichend) wieder mindestens 50 Prozent der Gesamtpunktzahl erreichen müssen. Die Rückkehr zu dieser Regelung fordert u. a. auch die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing.

5.2.7. Klassenwiederholungen ermöglichen

Wir sind uns als AfD Hamburg bewusst, dass das „Sitzenbleiben“ als Ultima Ratio auch ein pädagogisches Mittel darstellt, um sowohl präventiv wie auch nachträglich auf die Leistungsbereitschaft von Schülern positiv einzuwirken. Die Wiederholung von Klassen soll deshalb bei Nichterfüllung festgelegter Mindestanforderungen von den Klassenkonferenzen beschlossen werden können.

Das bisherige System des Förderunterrichts soll für diejenigen Schüler erhalten bleiben, denen aufgrund hoher Lerndefizite ein Sitzenbleiben droht. Insbesondere an Gymnasien ist bei unzureichenden Leistungen wieder stärker von der Möglichkeit der Abschulung auf die Stadtteilschule Gebrauch zu machen. Diese Durchlässigkeit sollte grundsätzlich auch für leistungsstarke Stadtteilschüler möglich sein, die auf das Gymnasium wechseln möchten.

5.2.8. Mehr Disziplin

Schulisches Lernen verlangt Selbstdisziplin und das Einhalten von Regeln im Schulalltag. Wir wenden uns strikt gegen jegliche Formen physischer oder verbaler Gewalt an Schulen. Solche Vorfälle sind konsequent zu melden und müssen zeitnah auf einer Klassenkonferenz thematisiert werden.

Wir wollen, dass jeder Gewaltvorfall auch den Eltern mitgeteilt wird, um so die Erstverantwortlichen in der Erziehung ihrer Kinder zu bestärken und die schulische Null-Toleranz-Grenze gegenüber Gewalt zu verdeutlichen.

Wir sehen mit großer Sorge, dass es in Hamburger Schulen immer wieder zu Konflikten kommt, die eine religiöse Konnotation aufweisen. Davon sind Schüler jüdischen Glaubens überproportional und zunehmend auch christliche Schüler betroffen. Solche Formen religiösen Mobbings stellen für Kinder eine schwere Belastung dar und stören deren Entwicklung nachhaltig. Aus diesem Grund muss sichergestellt sein, dass entsprechende Fälle frühzeitig erkannt und unverzüglich unterbunden werden. Nur so ist es möglich, den Schutz konfessioneller Minderheiten zu gewährleisten.

Zuspätkommen und Schulschwänzen sind konsequent zu ahnden. Die Zahlungen staatlicher Transferleistungen soll daran gekoppelt werden, dass Eltern ihren Pflichten nachkommen, z. B. bezüglich des regelmäßigen Schulbesuches ihrer Kinder. Auch Bußgelder sollen verhängt werden.

Für die AfD Hamburg ist ebenso klar, dass Pünktlichkeit im Schulalltag von Lehrern vorgelebt werden muss.

5.2.9. Demokratische Meinungsvielfalt stärken

Wir wehren uns gegen jegliche Versuche, Schüler für parteipolitische oder weltanschauliche Ziele zu vereinnahmen. Das Unterordnungsverhältnis, dem die Schüler ihren Lehrern gegenüber ausgesetzt sind, macht dies besonders problematisch.

Wir sehen mit wachsender Sorge, dass in einzelnen Hamburger Schulen bereits ein Klima herrscht, in denen sich Betroffene nicht mehr trauen, ihre Meinung zu kontroversen und kritischen Themen offen auszusprechen, weil sie persönliche Nachteile oder Anfeindungen fürchten. Nur das Vertrauen in die strikte parteipolitische und weltanschauliche Neutralität auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stellt ein Schul- und Unterrichtsklima sicher, in dem sich demokratische Meinungsvielfalt entfalten kann. Schüler sollen ihre politischen Urteile im Diskurs und auf der Grundlage einer ausgewogenen und kontroversen Materialauswahl entwickeln können.

Der Beutelsbacher Konsens ist strikt einzuhalten. Verstöße gegen das Neutralitätsgebot müssen von der Schulbehörde konsequent geahndet werden. Das betrifft auch das Verbot politischer Werbung an Schulen. Propaganda für extremistische Gruppierungen jeglicher Couleur oder Aufrufe zu politischen Demonstrationen haben an Schulen keinen Platz.

5.2.10. Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen

„Digitalisierung“ ist zu einem Modewort avanciert, mit dem man auch in Hamburg zunehmend glaubt, die Bildungsmisere auf einen Streich beheben zu können. Dabei werden erhebliche Gefahren ausgeblendet, wie das Zurückdrängen des analogen und sozialen Lernens oder die Abhängigkeit der Schulen von technischer Infrastruktur und deren Folgekosten.

Digitale Technologien können Lehrer darin unterstützen, Lernprozesse zielgenau zu gestalten, sie können aber nicht den analogen und sozial interaktiven Präsenzunterricht ersetzen. Unterricht kann nur so gut sein, wie die Lehrkraft ihn konzipiert und wie klug sie dabei digitale Medien einsetzt, deren pädagogischer Nutzen wissenschaftlich abgesichert ist.

Für eine sinnvolle Umsetzung der Digitalisierung in Schulen bedarf es einer Gesamtstrategie unter Einbeziehung von Fachdidaktikern sowie Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung. Eine Gesamtstrategie muss benennen, welche Fähigkeiten Schüler künftig erwerben sollen, um auf beruflicher und privater Ebene den Anforderungen der digitalen Welt gewachsen zu sein und welche Konsequenzen dies für Lehrpläne, Lernprozesse, Lernumgebungen und die Lehrerbildung mit sich bringt.

Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass der digitale Strukturwandel an den Hamburger Schulen durch ausreichend Fort- und Weiterbildungen für die Lehrkräfte begleitet und der didaktische Nutzen digitaler Medien im Unterricht in regelmäßigen Abständen wissenschaftlich evaluiert wird.

5.3. Gymnasien und Stadtteilschulen

5.3.1. Elternwahlrecht reformieren

Das derzeit in Hamburg bestehende alleinige Elternwahlrecht führt oft zu Fehlentscheidungen und sozialen Ungleichheiten; in manchen Stadtteilen scheitern immer noch mehr als die Hälfte aller Schüler am Gymnasium und müssen auf Stadtteilschulen zurückgeschult werden. Die AfD fordert eine gemeinsame Entscheidung von Schule und Eltern für die richtige Wahl der weiterführenden Schule. Bei einem Dissens zwischen Schule und Eltern entscheiden schriftliche Prüfungen.

5.3.2. Gymnasien wieder aufwerten

Hamburg hat seit einigen Jahren die höchsten Abiturientenquoten im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Die derzeitige Quote beträgt deutlich über 50 Prozent. Der formal höchste Schulabschluss

ist demnach in der Hansestadt längst der Regelabschluss und nicht mehr ein Zeugnis überdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit, denn die Entwicklung der Abiturinflation ging einher mit einem Sinken der Ansprüche und des Leistungsniveaus.

Wir wollen diese von Rot-Grün betriebene, ideologisch motivierte Entwertung der Gymnasien und des Abiturs beenden. Hierzu sind die Versetzungs- und Prüfungsanforderungen zu erhöhen. Ebenso soll die Anzahl der verbindlich einzubringenden Fächer und Punktzahlen aus der Studienstufe in die Abiturnote erhöht werden.

Die Benachteiligungen der Gymnasien gegenüber den Stadtteilschulen hinsichtlich der Klassenstärken und der materiellen Ausstattung sind aufzuheben und wieder einander anzugleichen; so ist derzeit unter anderem die maximale Klassenstärke bei den Gymnasien deutlich höher als bei den Stadtteilschulen.

5.3.3. Möglichkeit der Rückkehr zu G9

Wir sind der festen Überzeugung, dass G9 (Abitur in neun Jahren) dem Wunsch vieler Eltern und Schüler nach einem nachhaltigeren und vertiefteren Lernen entspricht. Wir werden uns für eine Wiedereinführung von G9 stark machen – nicht obligatorisch, sondern als Wahlmöglichkeit. Die Gymnasien sollen selbst entscheiden können, ob sie bei G8 bleiben oder zu G9 zurückkehren. So können die Eltern für ihre Kinder die geeignetere Schule auswählen.

5.3.4. Kleine und mittelgroße Schulen erhalten

Hamburgs Bevölkerung wächst. Davon ist auch die Entwicklung der Schülerzahlen betroffen. Deren Gesamtzahl ist in den letzten Jahren gestiegen und steigt weiter.

Die Antwort von Rot-Grün auf diese Entwicklung ist der Ausbau bestehender Schulen zu immer größeren Einheiten mit höherer Zügigkeit. Wir wollen diesen Trend stoppen, um die traditionsreichen Hamburger Schulen nicht zu unpersönlichen Massen-Lernanstalten werden zu lassen.

Wir werden uns deshalb für deutlich mehr Schul-Neugründungen einsetzen, um das bewährte Modell der kleinen und mittelgroßen Schulen mit weniger als 1.000 Schülern und weniger als 100 Lehrkräften an jeweils einem festen Schulstandort in Hamburg zu erhalten.

5.4. Schulische Leistungszentren einführen

Traditionell war das mehrgliedrige deutsche Schulsystem auf das Leistungsprinzip hin ausgerichtet, d.h. es ermöglichte einen sozialen Aufstieg durch Bildung mittels Abschlüssen auf unterschiedlichem Niveau.

Dies hat in der ganzen Welt Maßstäbe gesetzt. Ein weniger leistungsorientiertes Bildungssystem wirkt stärker sozial reproduzierend, weil dann nicht die Leistungen zählen, sondern die durch familiäre und finanzielle Vor- oder Nachteile eröffneten oder verschlossenen Zugänge.

Bei einer Hamburger Abiturientenquote von über 50 Prozent und einer Entwicklung des Abiturs zum Schulabschluss für die Mehrheit ist weitere Differenzierung für die Gruppe besonders leistungsstarker und engagierter Schüler in ausgewählten Fachbereichen wünschenswert.

Die AfD will daher Leistungszentren für die zweijährige Oberstufe bis zum Abitur an einzelnen Gymnasien einrichten. Leistungszentren verfolgen das Ziel, vergleichbar den Elitezentren des Sports, besonders leistungsfähige Schüler herausragend zu fordern und fördern.

Die Aufnahme in diese Leistungszentren erfolgt durch anonyme Prüfungen, an denen sich sowohl Gymnasial- als auch Stadtteilschüler beteiligen sollen. Dies setzt den Gymnasien und Stadtteilschulen im Wettbewerb auch Anreize, ihre Schüler für die Leistungszentren zu qualifizieren.

5.5. Kindeswohl statt Inklusionswahn

Die UN-Behindertenrechtskonvention will die Lebens- und Entwicklungssituation von Menschen mit Behinderung verbessern. Die AfD unterstützt dieses Ziel nachdrücklich. Dazu bedarf es unterschiedlicher Wege.

Eine „Schule für alle“, die jedes Kind aufnehmen und fördern soll, unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung, ist abzulehnen, da sie nachweislich nach nationalem und internationalem Forschungsstand nicht allen Kindern gerecht wird. Unterschiedliche Beschulungsformen müssen erhalten bleiben.

5.5.1. Wahlmöglichkeiten erhalten – Beratung intensivieren

Die AfD befürwortet das Prinzip der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung, hält aber spezielle Einrichtungen grundsätzlich für unverzichtbar. Die Schulwahlfreiheit der Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss erhalten bleiben.

In Abstimmung mit den Eltern soll der für das Kind geeignete Förderort gefunden werden. Das kann die allgemeine Schule oder aber eine Förderschule sein.

Dies setzt intensive Beratungsgespräche mit den Eltern voraus, in denen die spezifischen Vor- und Nachteile unterschiedlicher Beschulungsformen erörtert werden. Entscheidend ist die Frage: Welches Kind ist aus welchen Gründen an welchem Ort am besten zu beschulen? Das Kindeswohl muss im Mittelpunkt jeder Entscheidung stehen.

5.5.2. Förderschulen erhalten

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensive Betreuung. Die Schließung der Förderschulen führt zu einem Verlust an sonderpädagogischen Betreuungs- und Auswahlmöglichkeiten für die Eltern. Die AfD Hamburg setzt sich dafür ein, Förderschulen zu erhalten.

5.5.3. Förderschwerpunkte des Lehramtes für Sonderpädagogik erhalten

Deutschland verfügt (noch) über ein hochdifferenziertes Sonderschulsystem und eine darauf abgestimmte spezialisierte Lehrerausbildung. Dafür werden wir vom Ausland beneidet. Eine Dequalifizierung in der Lehrerausbildung darf nicht stattfinden, um jedem sonderpädagogisch zu förderndem Kind optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Die sieben Förderschwerpunkte des Lehramtes „Sonderpädagogik“ müssen erhalten bleiben. Die nötige Expertise muss über Lehrstühle gesichert sein und darf nicht über Lehraufträge abgedeckt werden.

5.6. Werte und Integration

5.6.1. Schule als Vermittler von Werten

Die für unser Zusammenleben entscheidenden Werte, z. B. Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Kameradschaft, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, Primat des Rechtsstaats und Demokratie sollen in Schulen vermittelt werden.

Ebenso ist die Beherrschung der deutschen Sprache ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Bildungsauftrags der Schule. Zu viele Schüler kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schulen und haben deshalb geringere Bildungschancen. Dies ist eine Herausforderung für den Staat ebenso wie für die betreffenden Familien, denen klare Signale gegeben werden sollten.

Schule und Gesellschaft brauchen ein Mindestmaß von Gemeinsamkeit und Homogenität. Auch Schulveranstaltungen sind ein Mittel der Integrationsförderung; dazu gehören Klassenfahrten, Sportveranstaltungen oder Theateraufführungen, an denen alle teilnehmen.

5.6.2. Beschulung von Migrantenkindern und Übergang in die Regelschulen

Schüler von neu eingewanderten Migranten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, sind zunächst in Vorbereitungsklassen zu unterrichten. Schüler aus Familien mit Bleibeperspektive sollen auf einen Abschluss in Deutschland vorbereitet werden, Schüler ohne Bleibeperspektive auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Die Übernahme der Schüler in die Regelklassen setzt gute Deutschkenntnisse sowie Fachkenntnisse voraus; diese sind durch Tests zu prüfen.

5.6.3. Altersgemäße Sexualerziehung statt Frühsexualisierung

Sexualerziehung steht im Spannungsfeld zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern, dem Persönlichkeitsrecht des Kindes und dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Sexualerziehung ist dementsprechend als sinnvolles Zusammenwirken von Elternhaus und Schule auszugestalten. Das Hamburger Konzept zur Sexualerziehung geht weit darüber hinaus. Das Wertesystem von Ehe, Elternschaft und Familie soll durch ein Konzept der „sexuellen“ und „geschlechtlichen Vielfalt“ ersetzt werden. Das lehnen wir ab.

Wir stehen für Toleranz gegenüber Lebensformen, die von der traditionellen Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern abweichen. In einem freien Land sollen freie, erwachsene Bürger grundsätzlich so leben dürfen, wie sie wollen. Zugleich wenden wir uns aber entschieden gegen eine Frühsexualisierung in Kindertagesstätten und Schulen. „Drag Queens“ haben in Kitas oder Grundschulen nichts verloren. Der Staat darf Kinder und Jugendliche nicht dazu animieren, ihr natürliches Geschlecht und ihre sexuelle Orientierung zu hinterfragen, sondern muss einen geschützten Raum bieten, in dem sich ihre Persönlichkeit ohne übergriffige Beeinflussungsversuche angemessen entwickeln und entfalten kann. Kindern und Jugendlichen darf auch nicht eingeredet werden, dass sie aus einer Vielzahl von sexuellen und geschlechtlichen Identitäten frei „wählen“ können, sondern ihnen ist nüchtern aufzuzeigen, dass es im Grundsatz zwei angeborene biologische Geschlechter gibt und dass die große Mehrheit der erwachsenen Menschen heterosexuell ist – ohne dadurch Minderheiten verächtlich zu machen.

Wir plädieren daher für eine sensible, an biologischen Erkenntnissen orientierte Sexualerziehung und für eine zurückhaltende Behandlung der zugehörigen Unterrichtsgegenstände.

5.6.4. Deutsche Sprache bewahren und erhalten

Die deutsche Sprache ist eines unserer wichtigsten Kulturgüter überhaupt. Sie dient uns als Identitätsmerkmal und ist unter allen Umständen zu erhalten. Ebenso ist Sprache immer einer gesellschaftlichen Entwicklung unterlegen. Diese muss allerdings auf natürlichem und sinnvollem Wege geschehen. „Gendergerechte“ Sprachvorgaben, die das Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben der Sprache

erschweren, sind ebenso abzulehnen wie auch die sogenannte „politisch korrekte Sprache“. Eine staatliche Einmischung in die Entwicklung der deutschen Sprache muss unterbunden werden. Volksinitiativen, die ein Verbot der Gendersprache in Verwaltung und Bildung fordern, begrüßen wir ausdrücklich.

5.7. Hochschulen

Hochschulen sind Institutionen, die besonderen feld- und fachspezifischen Regeln und Anreizen folgen, sie brauchen akademische Freiheit und Autonomie. Nur dann können sie gute Ergebnisse in Forschung und Lehre erzielen.

Eine erfolgreiche Hochschulpolitik erfordert die Kooperation mit den Universitäten und Fachhochschulen. Die AfD fordert als Einstieg in eine bessere Hochschulpolitik die Entlastung von staatlicher Bürokratie.

5.7.1. Humboldts Bildungsideal versus „Bachelor“ und „Master“

Im Rahmen des ideologiegetriebenen „Bologna-Prozesses“ wurden in den letzten Jahren fast alle akademischen Studiengänge und Abschlüsse auf „Bachelor“ und „Master“ umgestellt. Das Humboldt‘schen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre, das ein Vorbild für Universitäten weltweit war, wurde erheblich geschwächt.

Die AfD fordert nur deshalb keine generelle Rückkehr zu den bewährten Studiengängen und Abschlüssen, weil dies erneut sehr aufwändig wäre. Die Entscheidung über die angebotenen Abschlüsse soll den Hochschulen überlassen bleiben.

5.7.2. Steuergeldverschwendung unseriöser „Gender-Forschung“ beenden

Die sogenannte „Gender-Forschung“ hat in den vergangenen Jahren auch an den Hamburger Hochschulen zunehmend Stilblüten getrieben, die starke Zweifel an deren Seriosität und Wissenschaftlichkeit hervorrufen. Die Förderung von Lehrveranstaltungen wie „Gay Antifa Porn – Wie politisch ist Pornografie?“ (Universität Hamburg, Wintersemester 2018/19) oder „Queer-feministische Organisierung gegen den G20-Gipfel in Hamburg“ (Universität Hamburg, Sommersemester 2017) ist aufgrund ihres ideologischen Gehalts als wissenschaftsfremd einzustellen. Die Erforschung von Geschlecht, Geschlechterrollen und -strukturen soll hingegen naturwissenschaftliche Erkenntnisse vollumfänglich berücksichtigen.

5.8. Vorschule und Kindergarten

Bei frühkindlicher Bildung und Kindertagesbetreuung hat Hamburg bundesweit die schlechtesten Betreuungsschlüssel. Dies muss verbessert werden. Die AfD setzt sich dafür ein, diese Fehlentwicklungen und Defizite abzubauen und die frühkindliche Bildung sicherzustellen.

Die AfD Hamburg setzt sich für verpflichtende Kindervorsorgeuntersuchungen ein, deren Einhaltung kontrolliert werden muss. Ärzte sollen den altersgemäßen Entwicklungsstand und Auffälligkeiten, z. B. Anzeichen von Misshandlungen, überprüfen. Bei Defiziten können die Jugendämter den Eltern Weisungen erteilen.

Austausch und Umgang mit Gleichaltrigen ist ein wesentliches Element der Sozialisation von Kindern aller gesellschaftlichen Milieus. Kinder sollen deshalb vor Einschulung ein Jahr täglich an einer Kindergruppe teilgenommen haben. Insbesondere bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse soll der Kindergartenbesuch verpflichtend sein.

5.9. Berufsbildung

5.9.1. Duales System statt Akademisierungswahn

Die AfD Hamburg wendet sich gegen die Überbewertung universitärer Ausbildung zulasten der beruflichen Bildung. Das Duale System, also die Koppelung von betrieblicher und berufsschulischer Ausbildung, findet hingegen weltweit Anerkennung und Bewunderung.

Die von der OECD kritisierte geringe Akademiker-Quote in Deutschland verkennt, dass das Duale System wesentlicher Grund für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist. Die im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Akademikerquote beweist keine Ausbildungsnachteile unserer jungen Generation. Eine Akademikerschwemme nützt niemandem. Österreich und die Schweiz haben weniger Abiturienten, aber ein höheres Wirtschaftswachstum.

5.9.2. Die AfD steht für das Duale Berufsbildungssystem

Das Duale Berufsbildungssystem ist ein leistungsstarkes berufliches Bildungswesen, das Jugendarbeitslosigkeit verhindert, indem junge Bürger direkt für das Berufsleben qualifiziert werden. Es eröffnet vielfältige Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs und der Weiterqualifizierung.

Die Duale Berufsbildung, besonders in den gewerblichen Berufen, trägt auch zu der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Arbeitsleben in Deutschland bei. Es gehört ohne Zweifel zu den entscheidenden Erfolgsfaktoren im globalen Wettbewerb und ist zudem tief in unserer Kultur verwurzelt. Es muss weiter vorangetrieben und vom Staat unterstützt werden.

Alle Versuche der EU, das Duale Ausbildungssystem zu schwächen oder gar abzuschaffen, z. B. auch beim Meistertitel, werden wir abwehren.

5.9.3. Die Abbrecherquote in der Lehre ist zu vermindern

Noch bricht jeder vierte Auszubildende seine Lehre ab. Das führt zu hohen Kosten für die Betriebe und die Volkswirtschaft sowie zu Misserfolgserlebnissen und Frustrationen bei jungen Menschen.

Es gilt, die objektiven Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu verbessern. Die institutionalisierten Hilfen für die Wahl des für den Schulabgänger „richtigen“ Berufes sind beschleunigt und flächendeckend einzuführen.

6. Umwelt und Energie: Umweltschutz statt Klimahysterie mit bezahlbarer Energie

Es gibt keinen Grund für eine Klimahysterie. Die Freie Hansestadt Hamburg hat mehr unter hausgemachten klimatischen Problemen zu leiden als unter einem allgemeinen Klimawandel. Die Probleme treten durch Flächenversiegelung und Grünverlust auf. Eine Versachlichung der Klimadebatte ist wünschenswert. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, dem – wenn überhaupt – nur durch globales Handeln begegnet werden kann. Deutschland selbst verursacht bloß zwei Prozent aller CO2-Emissionen weltweit. Eine Politik des Verzichts und der Verbote lehnen wir ab. Hamburg versucht, dazu mit teuren eigenen Maßnahmen beizutragen. Viel wichtiger wäre für die Lebensqualität und das Wohlbefinden des Menschen und der Natur ein angemessener Umweltschutz. Für diesen steht die AfD Hamburg.

Energie ist der Lebenssaft einer jeden Industrienation. Sie ist die wichtigste Ressource und entscheidet über Wohlstand und Sicherheit. Energie ist für eine bezahlbare Wohnung, Strom, Wärme und Mobilität unverzichtbar. Die deutsche Energiepolitik ist ideologiegetrieben und verantwortungslos. Der Ausstieg aus Kernkraft und Kohle macht uns abhängig von Importen und einigen wenigen Lieferanten. Dazu kommt: Die mit Steuergeldern hochsubventionierten Solaranlagen und Windindustrie ist Zufallsenergie, da wetterabhängig. Sie ist nicht grundlastfähig und zerstört außerdem unsere Kulturlandschaft.

6.1. Ausstieg aus dem Kohleausstieg – Moorburg muss zurück ans Netz

Die AfD fordert den Ausstieg aus dem politisch erzwungenen Kohleausstieg. Alle verfügbaren Kraftwerke sollen sofort wieder ans Netz. Anstatt eines teuren, ineffizienten und unrentablen Wasserstoffprojektes wollen wir, dass Moorburg als Kohlekraftwerk wiederhergestellt wird und als eines der modernsten und saubersten Kohlekraftwerke Europas wieder ans Netz geht. Das überalterte Kraftwerk Wedel muss umgehend ersetzt werden.

6.2. Freie Wahl bei der Wärme

Ob Fernwärme, Öl- oder Gasheizung oder Wärmepumpe – wir möchten, dass weiterhin jeder Bürger und Eigentümer die freie Wahl hat, wie er in seinen eigenen vier Wänden heizt. Das von der Ampel-Regierung forcierte Heizungsverbot und den damit einhergehende faktischen Wärmepumpenzwang lehnen wir ab.

6.3. Kein weiterer Ausbau der Windenergie

Der geforderte weitere Ausbau der Windenergie führt zu weiter steigenden Strompreisen und einem Anstieg des Risikos eines Netzzusammenbruchs. Deshalb fordern wir: Schluss mit dem Bau weiterer Windkraftanlagen auf Hamburger Gebiet! Das Abschalten von Windrädern bei Vogel- oder Fledermausflug reicht nicht aus, um die Tiere zu schützen. Die bestehenden Windräder sollten nach Ablauf ihrer Betriebsgenehmigung nicht ersetzt werden. Betonfundamente sind dann zu entfernen, Versorgungswege zu renaturieren. Die Kosten dafür sind von den Betreibern zu tragen.

6.4. An Kernenergie weiter forschen

Hamburg ist als Millionenmetropole nicht der richtige Standort für ein Kernkraftwerk. Gleichzeitig überwiegen die Vorteile der Kernkraft klar die Nachteile. Den von der Bundesregierung forcierten Atomausstieg halten wir deshalb für falsch. Hamburg sollte insbesondere durch Beiträge zur Forschung und Weiterentwicklung von Kernreaktoren einen Beitrag dazu leisten, dass im Bundesgebiet wieder neue Kernkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen werden. Dies würde die Energiepreise senken und die Netzstabilität erhöhen.

6.5. Undemokratische Macht von Verbänden begrenzen

Umweltverbände haben in Deutschland und damit auch in Hamburg einen demokratisch kaum bis gar nicht legitimierten Einfluss auf die Politik.

Das Verbandsklagerecht führt dazu, dass wichtige politische Entscheidungen immer wieder durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten angegriffen werden, was ihre Umsetzung verzögert. Der von den Verbänden einseitig erzeugte Klagedruck beeinflusst die Entscheidungen der Behörden zum Nachteil der Gesellschaft. Beispiele sind die Klagen gegen die Elbvertiefung und die Durchfahrtsbeschränkungen für ältere Dieselfahrzeuge.

Wir wollen deshalb das Verbandsklagerecht einschränken, damit demokratische Entscheidungen von Bürgerschaft und Senat wieder zeitnah umgesetzt und nicht einseitig durch einzelne Interessengruppen verzerrt und verzögert werden können.

6.6. Weitere Anstrengungen zum Schutz vor Fluglärm

Um Hamburg von dem Problem des Fluglärms endgültig zu befreien, fordert die AfD Hamburg langfristig die Verlagerung des Flughafens in die Metropolregion. Um dem Fluglärm aktuell zu begegnen, setzen wir uns für eine Neufassung einer daran ausgerichteten Gebührenordnung ein. Die AfD Hamburg steht für eine deutliche Anhebung der Start- und Landegebühren nach 22 Uhr, um die nächtliche Lärmbelästigung der Anwohner weiter zu reduzieren.

6.7. Sauberes Stadtgrün

Hamburg ist weltweit nicht nur als Hafenstadt und Kulturmetropole bekannt, sondern auch für sein grünes Stadtbild. Parks und Naturschutzgebiete, Straßenbäume, Plätze, begrünte Ufer und das allgegenwärtige Wasser durchziehen die gesamte Stadt, prägen die Atmosphäre und haben einen hohen Anteil an der Liebe der Hamburger Bürger zu ihrer Stadt.

Leider entspricht dies nicht mehr überall der Realität, denn viele Parks und Grünanlagen in Hamburg vermüllen immer mehr und werden als „versteckte Plätze“ für Drogenmissbrauch genutzt. Die AfD Hamburg wird sich daher für eine konsequente Beseitigung und Prävention der Vermüllung einsetzen und sich um das Pflanzen weiteren Stadtgrüns kümmern.

Parkanlagen werden wir in Zukunft auch gegen Baum-Entnahmen ohne eine konsequente, standortnahe Nachpflanzung schützen.

Wo Aufforstung möglich ist, sollte die Natur auch sich selbst überlassen werden, um eine natürliche Waldentwicklung zu fördern.

Salzwiesen und Moor genießen besonderen Schutz und sollten renaturiert werden.

6.8. Mehr Schutz für Hamburgs Naturflächen

Hamburg erlebt einen Bauboom. Immer mehr werden auch Kleingärten, landwirtschaftliche Flächen und selbst Flächen in Naturschutzgebieten bebaut. Auf Licht- und Luftschneisen wird kaum noch Rücksicht genommen.

Die Position der AfD Hamburg dazu ist klar:

- Luftschneisen dürfen nicht weiter bebaut werden.
- Kleingärten sind zu schützen.
- Straßenbäume dürfen nicht abgeholzt werden.

6.9. Schluss mit der Bodenversiegelung

Die AfD Hamburg wird ein Bodenentsiegelungsprogramm, mit Beteiligung, aber ohne zusätzliche Kostenbelastung der Bürger, auflegen.

Verkehrsinseln wollen wir entsiegeln, gepflasterte Plätze begrünen, Parkplätze durchlässiger machen und Gehwege verschönern. Den Hamburger Grundeigentümern wollen wir Anreize geben, auf freiwilliger Basis mehr zur Stadtverschönerung beizutragen, zum Beispiel durch Steuererleichterungen oder stadteigene Kreditprogramme.

6.10. Sauberes Wasser

60 Prozent des in Hamburg verbrauchten Trinkwassers wird in Hamburg selbst gefördert. Um das Grundwasser besser zu schützen, wollen wir auch hier an relevanten Stellen den Boden entsiegeln.

Krankenhäuser und Altenheime soll die spezielle Klärung von Abwässern ermöglicht werden, da Medikamentenrückstände das Wasser belasten.

Durch eine Änderung der Bauordnung sollen Toilettenspülungen auch mit einem Regenwasserkonzept oder mit anderen technischen Lösungen in Zukunft genehmigt werden.

6.11. Mehr Biodiversität

Weltweit geht Biodiversität verloren. In Hamburg ist ein konsequenter Insekten-, Vogel – und Fledermaus-Schutz notwendig.

Die AfD Hamburg wird deshalb

- Schulgärten für jede Schule und mehr Dachgärten im Innenstadtbereich zur Verfügung stellen,
- die SAGA anweisen, bei der Gebäudesanierung mehr Rücksicht auf mauerbrütende Vogelarten zu nehmen und ihre Nistplätze zu schonen,
- private Gartenbesitzer und Kleingärtner besser beraten und bei ihren Planungen unterstützen.

6.12. Gegen Schmierereien

Zu einem sauberen Erscheinungsbild unserer Stadt gehört, dass illegale Graffiti-Schmierereien stärker bekämpft und schneller beseitigt werden.

6.13. Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten

Die Dove Elbe gehört zu den größten Binnengewässern in Hamburg neben der Alster. Wir wollen die Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten. Eine industrielle Nutzung als Tidengewässer im Rahmen der Elbvertiefung lehnen wir ab.

Die Dove Elbe gehört zu den schönsten Binnengewässern in Hamburg mit einem hohen Wert als Naherholungsgebiet. Eine Nutzung als Tidengewässer würde diese Attraktivität gefährden und könnte zur Verschlickung des Gewässers führen.

Ein ständig wechselnder Wasserstand würde die Existenz vieler Gewerbebetriebe gefährden. Insbesondere wäre die Bergedorfer Schifffahrtslinie in ihrer Existenz bedroht, ebenso wie Sportboothäfen und Bootsvermietungen. Auch die Ruderregatta-Strecke wäre für Wettkämpfe nicht mehr geeignet.

7. Wirtschaft, Abgaben und Haushalt: Für ein prosperierendes Hamburg

In einer Zeit, in der sich eine weitere Wirtschaftskrise ankündigt, setzt die AfD Hamburg auf eine Politik, die den Wohlstand aller Bürger in unserer Stadt mehrt. Erforderlich hierfür ist allerdings, dass wir unsere wirtschaftlichen Stärken ausbauen, statt sie zu behindern, das Unternehmertum in unserer Stadt fördern, Abgaben senken und Bürokratie abbauen.

Zugleich tickt die Schuldenuhr weiter. Hamburg braucht eine finanzielle Kernsanierung.

7.1. Kammerzwang abschaffen

Die AfD Hamburg steht auch weiterhin für die Abschaffung des Kammerzwangs. Die Zwangsmitgliedschaft in der Handelskammer hat bei den meisten Unternehmen keinerlei Rückhalt. Andere Staaten haben ebenfalls keinen Kammerzwang und erleiden hierdurch keine Nachteile.

7.2. Gewerbesteuer senken

Mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 470 hat Hamburg bundesweit, verglichen mit dem durchschnittlichen Hebesatz in anderen Bundesländern, die höchste Gewerbesteuerbelastung.
Die AfD Hamburg spricht sich für eine Absenkung des Gewerbehebesteuersatzes mit Augenmaß aus. Soweit es die fiskalische Lage zulässt, muss es Priorität der Politik sein, das Wirtschaftswachstum in unserer Stadt durch Steuersenkungen anzukurbeln.

7.4. Hamburger Außenhandel braucht Wachstum

Der Hamburger Hafen ist Drehscheibe für die Importe und Exporte der deutschen Wirtschaft. Er sichert als Universalhafen mehr als 156.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion Hamburg und ist mit einer Bruttowertschöpfung von 21,8 Milliarden Euro für die gesamte deutsche Volkswirtschaft von Bedeutung. Beeinträchtigungen des Hafenwachstums, wie sie z.B. aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russland entstehen, müssen deshalb aufgehoben werden.

7.5. Kein Teilverkauf der HHLA an MSC

Die vom rot-grünen Senat getroffene Entscheidung, 49,9 Prozent der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) als wichtigstes Hafenunternehmen an die Schweizer Großreederei MSC (Mediterranean Shipping Company) zu veräußern, halten wir für falsch. Damit kettet sich die Stadt für mindestens 40 Jahre an einen einzigen privaten Großinvestor. Die Mehrheit der Stadt von 50,1 Prozent an der HHLA ist Makulatur, wenn man berücksichtigt, dass MSC sich vertraglich umfangreiche Vetorechte für die Unternehmensführung sichern konnte. Eine so weitreichende Entscheidung hätte auch im Wege der Volksabstimmung bestätigt werden müssen. Sowohl die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens als auch die Rechte der Hafenarbeiter und -beschäftigen sind jetzt in Gefahr.

Wir befürworten stattdessen die Einbeziehung privater Investoren am Hafen durch Beteiligungen an einzelnen Hafenterminals oder über eine Holding-Gesellschaft, die aus mehr als nur einem Unternehmen besteht. Damit wird das Risiko für die Stadt und die Beschäftigten gestreut und der beherrschende Einfluss eines einzelnen Unternehmens ausgeschlossen, ohne auf die Vorteile sinnvoller privater Investitionen zu verzichten. Allerdings dürfen nur solche Unternehmen einbezogen werden, bei denen sichergestellt ist, dass sie keine politisch fragwürdigen Absichten verfolgen. Beteiligungen chinesischer Staatsunternehmen, z.B. die Beteiligung der chinesischen Staatsrederei COSCO am Tollerort, lehnen wir aufgrund der Steuerung des Unternehmens durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ab. Der Hamburg Hafen ist Kritische Infrastruktur und die Kontrolle über den Hafen muss daher in städtischer Hand bleiben.

7.6. Solider Haushalt statt Schulden

Obwohl die Steuereinnahmen steigen, hat Hamburg keine fiskalischen Spielräume mehr. Es darf keine Sondervermögen und andere Verschiebebahnhöfe geben. Hamburg braucht einen echten Schuldenabbau durch Ausgabenstopp für politische Experimente. Hamburg hat „offizielle“ Schulden von ca. 33,5 Milliarden Euro. Das entspricht dem Wert von ca. 67 Kreuzfahrtschiffen oder 6 neuen Köhlbrandbrücken oder 33 Elbtowern.

Die maßlose Corona-Lockdown-Politik führte zu einem starken Schuldenanstieg. Gleichzeitig wuchsen die Kosten der dauerhaften illegalen Zuwanderung an. Die Fakten müssen auf den Tisch. Der Bürger hat ein Recht auf Transparenz. Die Schulden müssen offengelegt und verringert werden.

Die AfD fordert, Steuerhinterziehung und -betrug konsequent hart zu bestrafen. Aus diesem Grund forderten wir zuerst den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Cum-Ex und befürworten auch einen Untersuchungsausschuss für den Elbtower.

Wir werden Haushaltsuntreue für Politiker und Behördenleiter durch Einführung einer persönlichen Haftung unattraktiv machen. Zuwendungen für politische Aktivisten in Nichtregierungsorganisationen müssen reduziert werden.

7.7. Abschaffung von Kleinststeuern

Die AfD tritt für den Wegfall folgender Verbrauchersteuern ein: Sekt-, Kaffee-, Vergnügungs-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischereisteuer und Zweitwohnungssteuer.

Vor allem die mittelalterliche Biersteuer gehört abgeschafft. In Deutschland unterliegen Bier und auch das sogenannte Alsterwasser der Biersteuer. Auf einen Kasten Bier mit 20 Flaschen à 0,5 Liter wird 0,94 Euro Biersteuer erhoben.

Diese Bagatellsteuern sind sehr verwaltungsaufwendig, aufkommensschwach und leisten keinen nennenswerten Beitrag für die Finanzierung des Staatshaushalts.

8. Gesundheit und Pflege: Gesundheit in Freiheit und Selbstbestimmung

Hamburg zählt zu den führenden Gesundheitsstandorten in Deutschland. Mehr als 165.000 Menschen sind im Gesundheitssektor tätig und jeder neunte Euro unseres Bruttoinlandproduktes wird im Medizin- und Pflegesektor verdient. Aufgrund des demografischen Wandels, des technologischen Fortschritts und der Metropolfunktion der Hansestadt wird sich das Wachstum in der Gesundheitswirtschaft weiter fortsetzen. Die Gesundheitswirtschaft betont zurecht die ökonomische Bedeutung der Themen Gesundheit und Pflege für die Hamburger Bürger – und wer wollte bestreiten, dass die Gesundheitswirtschaft hier und andernorts seit langem boomt?

Aber wie sieht es mit der tagtäglichen Versorgungssituation von Patienten und Pflegebedürftigen aus? Die AfD wendet sich dieser Frage ganz bewusst zu und betrachtet die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens in Hamburg vor allem aus der Sicht der persönlich von Krankheit und Pflegebedürftigkeit betroffenen Menschen. Wir decken Schwachstellen auf und fordern dringend nötige Verbesserungen ein.

Das Armutsrisiko bei Pflegebedürftigkeit, die Versorgungsqualität in unseren Seniorenheimen, die Patientensicherheit, die Krankenhaushygiene und nicht zuletzt die Behebung des Hebammenmangels in

Hamburg sind wichtige Themen der Gesundheitspolitik, in denen Verbesserungen dringend erforderlich sind.

Die vergangenen Jahre haben zudem aufgezeigt, wie schlecht unser Land auf eine gesundheitliche Ausnahmesituation vorbereitet war und dass medizinische Entscheidungen nicht fachgerecht getroffen wurden. Eine transparente Aufarbeitung der Corona-Zeit ist daher unerlässlich, um zukünftig medizinischen Anforderungen professionell gerecht zu werden. Dabei lehnt die AfD repressive Maßnahmen und Freiheitseinschränkungen, einschließlich Zwangsimpfungen, ab.

8.1. Hamburger Pflegebedürftige aus Hamburger Haushaltsmitteln finanziell unterstützen

Aufgrund unzureichender Leistungsansprüche aus der Gesetzlichen Pflegeversicherung ist Pflegebedürftigkeit mittlerweile mit einem erheblichen Armutsrisiko verbunden. Dieses Problem wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung und der weiter steigenden Kosten im Gesundheitssektor zukünftig rasant verschärfen.

Eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung zur besseren Absicherung der Pflegebedürftigen ist nur auf Bundesebene möglich und wird voraussichtlich Jahre dauern. Die Pflegebedürftigen in Hamburg sollen bis dahin aus Mitteln des Landeshaushaltes finanziell entlastet werden. Die Gesetzgebungskompetenz hierzu hat der Senat, nutzt bisher jedoch seinen Gestaltungsspielraum zur finanziellen Entlastung pflegebedürftiger Menschen mit geringem Einkommen nicht.

8.2. Pflegequalität in Hamburger Seniorenheimen besser kontrollieren

Die Einhaltung von Qualitätsstandards in Pflegeeinrichtungen muss von der Stadt Hamburg wesentlich gründlicher kontrolliert werden als bisher. Immerhin geht es um die Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Heimbewohner, um ihre Lebensqualität und nicht zuletzt um ihre Mobilität und Selbstbestimmung.

Die erforderliche Kontrollintensität im Hinblick auf die Pflege- und Versorgungssituation in stationären Einrichtungen ist mit der gegenwärtigen Personalausstattung der amtlichen Pflegeaufsicht nicht zu erbringen. Um die Hamburger Senioren in Pflegeheimen besser zu schützen, muss mehr qualifiziertes Personal eingestellt und die Kontrollintensität deutlich erhöht werden.

8.3. Ärzte aus Drittstaaten: Keine Approbation nach der „Papierform“ mehr

Patientensicherheit ist ein hohes Gut. Ärzte aus Drittsaaten, die in Hamburg tätig sein wollen, müssen ihre Befähigung derzeit lediglich durch die Vorlage von Urkunden nachweisen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, denn in medizinischen Fachkreisen wird bezweifelt, dass zwischen den ausländischen Berufsabschlüssen und den Qualitätsstandards der deutschen Medizinerausbildung tatsächlich Gleichwertigkeit besteht.

Aus Gründen des Patientenschutzes und um eine eindeutige Kompetenzfeststellung vornehmen zu können, soll die bloße Urkundenprüfung durch ein Prüfverfahren ersetzt werden, in welchem Ärzte aus Drittstaaten ihre Befähigung auf dem fachlichen Niveau des medizinischen Staatsexamens nachzuweisen haben.

Um fachliche Defizite frühzeitig erkennen und Patienten vor Behandlungsfehlern schützen zu können, sind von Drittstaatenärzten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftliche und mündliche bzw. praktische Prüfungen abzulegen.

8.4. Krankenhaushygiene verbessern

Um Krankenhausinfektionen und die Anzahl der dadurch bedingten Komplikationen und Todesfälle zu reduzieren, wollen wir ein Qualitätsprogramm nach dem Vorbild der Niederlande auf den Weg bringen. Die Krankenhäuser sollen dazu jährliche Hygiene- und Infektionsberichte öffentlich einsehbar machen.

Krankenhäuser, die erhöhte Infektionsraten aufweisen, sollen in der Umsetzung sinnvoller organisatorischer Maßnahmen wie Mitarbeiterschulungen insbesondere des Reinigungspersonals und bei Händedesinfektionsprogrammen unterstützt werden.

8.5. Versorgung mit Hebammen in Hamburg verbessern

„Werdende Eltern“ finden in Hamburg nur schwer und – wenn überhaupt – nach langer, aufwendiger Suche eine Hebamme. Um dem Mangel an Hebammen entgegen zu wirken und die Versorgungssituation zu verbessern, muss dieses Berufsfeld wirtschaftlich wieder attraktiver werden.

Ähnlich dem Modell in Bayern ist anzustreben, dass Hebammen eine Niederlassungsprämie erhalten und einen Bonus bei mindestens vier Geburten pro Jahr. Dadurch werden die Hebammen zumindest teilweise von den hohen Haftpflichtprämien entlastet.

Zudem müssen werdende Mütter von der Gesundheitsbehörde, ihrer Krankenkasse und ihren Ärzten besser darüber informiert werden, wie sie die ihnen zustehenden Hebammen-Leistungen am besten in Anspruch nehmen können.

8.6. Keine Bevormundung in der Gesundheitspolitik

Die Medizinische Versorgung und der Gesundheitsschutz sind nationale Aufgaben. Sie bedürfen keiner Bevormundung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder die EU. Die medizinische Versorgung muss lokal organisiert und flächendeckend gesichert sein, damit die Patienten ortsnah und zeitnah eine bestmögliche Behandlung erhalten können. Sie muss allen Bürgern zur Verfügung stehen und hat nach belegten Qualitätsstandards zu erfolgen.

8.7. Spezialisierte Pflege und Pflege durch Angehörige

Alten-, Kinder- und Krankenpflegeausbildungen sind wieder zu trennen und mit unterschiedlichen Ausbildungszeiten (anderthalb bis drei Jahre) zu versehen. In allen Bereichen ist eine Qualifikationsstufe für „Helfer“ einzurichten, welche nach mehrmonatiger Ausbildung zur Entlastung des Fachpersonals eingesetzt werden können.

Wir wollen darüber hinaus die Pflege durch Angehörige in Situationen, in denen keine professionelle Pflege zwingend erforderlich ist, stärker fördern, insbesondere finanziell. Pflegende Angehörige sind ein Beispiel von Nächstenliebe und entlasten die Gesundheitsversorgung deutlich.

8.8. Entlastung von Ärzten

Zur Entlastung der Ärzteschaft von bürokratischen Routine- und Schreibarbeiten sind verstärkt Arbeitsstellen für Assistenten einzurichten, welche dem ärztlichen Dienst unterstellt sind, damit Ärzte wieder Zeit haben, sich um ihre eigentliche Aufgabe zu kümmern – die Behandlung der Patienten.

9. Familie: Familien sind unser Fundament

Familien sind das Fundament und die Stütze jeder Gesellschaft. Sie sind unersetzbar und stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Bei jeder Familiengründung entstehen Pflichten, Verantwortung und Rechte für Eltern, Kinder und Gesellschaft.

Kinder garantieren das Fortleben einer Gesellschaft. Darum muss das Kindeswohl im Fokus von Eltern und Gesellschaft stehen. Kindern muss die bestmögliche Entwicklung in einer sicheren, gewaltfreien Umgebung zukommen.

Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen. Familie und Beruf sind nur vereinbar, wenn Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken.

Wir brauchen eine kinderbejahende Gesellschaft. Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Familiengründung attraktiver machen. Das ist ein Kernanliegen der AfD.

9.1. Häusliche Kindererziehung wertschätzen

Die politischen Debatten, aber auch die in Medien und Bildungseinrichtungen vorgelebten Leitbilder, vermitteln häufig eine Geringschätzung der familiären Haus- und Erziehungsarbeit. Besonders gut zu erkennen ist der Wandel an der inzwischen stark negativ konnotierten Tätigkeit der „Hausfrau“. Erstrebenswert scheint nach diesem Leitbild einzig der möglichst unterbrechungsfreie Vollzeit-Einkommenserwerb beider Elternteile.

Dabei sind die nicht auf den Einkommenserwerb gerichteten Tätigkeiten einer Familie wie Kindererziehung, Pflege von Familienangehörigen, Hausarbeit, Engagement in Schule, Vereinen und Nachbarschaft, wie sie durch den „nicht arbeitenden“ Elternteil einer Familie – traditionell der „Hausfrau“ – wahrgenommen werden, von unschätzbarem gesellschaftlichem Wert!

Wir setzen uns für eine Politik ein, die der häuslichen Tätigkeit von Familienmitgliedern, die angebrachte Wertschätzung entgegenbringt. Diese Wertschätzung soll sich nicht nur in Worten äußern. Elternteile, ganz gleich ob männlich oder weiblich, die beispielsweise für Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen zu Hause bleiben, sollen finanziell und gesellschaftlich denjenigen gleichgestellt werden, die für diese Aufgaben staatlich geförderte Erziehungs- oder Pflegeeinrichtungen in Anspruch nehmen.

9.2. Echte Wahlfreiheit der Betreuungsform

Das oberste Prinzip unserer Politik in der Frage nach der Kinderbetreuung ist der Grundsatz der Wahlfreiheit. Es soll den Eltern freistehen, ob sie ihr Kind während der ersten drei Jahre zuhause betreuen oder in einer Einrichtung betreuen lassen. Während mittlerweile alle etablierten Parteien einseitig auf die Betreuung in Kitas setzen, behalten wir auch all jene Eltern im Blick, die ihre Kinder während der erste drei Jahre nicht fremdbetreuen lassen wollen. Wahlfreiheit heißt, das wir beide Säulen der Kinderbetreuung, die familiäre und die institutionelle, stärken wollen:

Familien, die ihre Kinder während der ersten drei Jahre selbst betreuen und damit dem Staat hohe Kosten ersparen, müssen dafür einen Ausgleich erhalten, der mindestens 50 Prozent der Kosten für einen Kita-Platz entspricht.

Ebenso ist die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten durch einen Ausbau der Betreuerzahl und deren Ausbildung zu verbessern. Ziel muss es sein, dass ein Betreuer maximal sechs Kinder zu betreuen hat.

9.3. Ein Hamburg nicht nur für Doppelverdiener

Unsere Familienpolitik hat zum Ziel, dass Familien prinzipiell vom Vollerwerbs-Einkommen einer Person ihr Leben bestreiten können. Momentan ist es für das Durchkommen der meisten Großstadtfamilien zwingend notwendig, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen und somit kaum Zeit für ihre Kinder und deren Erziehung übrigbleibt. Bei der Verringerung der zum Teil hohen staatlichen Abgabenlast haben Familien deshalb für uns Vorrang.

9.4. Anreize zur Familiengründung schaffen

Die AfD Hamburg wird Familien die Möglichkeit zurückgeben, wieder finanzielle Rücklagen zu schaffen, sowie Eigentumsaneignungen finanzieren zu können.

Weiterhin wird die AfD Hamburg unsere Hansestadt in eine familienfreundliche Stadt ausbauen und längst überfällige Investitionen in die Infrastruktur tätigen. Wir werden Spielplätze und Parks sanieren, sichere und von den Straßen klar getrennte Fuß- und Radwege erbauen, ausreichend Plätze in Kindertagesstätten schaffen, eine gute Schuldbildung sicherstellen und Fehlentwicklungen und Defizite in der frühkindlichen Bildung verhindern (siehe Kapitel 5).

Wir werden eine tatsächliche Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung ohne eine Diskriminierung der elterlichen Betreuung gewährleisten werden.

9.5. Familien sollen wieder Verantwortung übernehmen

Die AfD steht für eine Rückkehr zu den traditionellen Werten der Familie, in der die Familie auch im Sinne der Subsidiarität die erste solidarische Stütze der Gesellschaft ist, in der sich die Familienmitglieder untereinander Rückhalt in der Not geben, tatkräftig helfen und nicht zwingend auf Sozialleistungen des Staates verweisen müssen.

Der Verlust der Werte der traditionellen Familie ist für die Gesellschaft klar wahrnehmbar. Mehr noch, diese Entwicklung ist der derzeit vorherrschende politische Wille der Altparteien. Kaum eine Familie ist heutzutage noch in der Lage, die finanziellen Probleme einzelner in Notsituationen geratener Familienmitglieder lösen zu können.

Diese Entwicklung wird die AfD stoppen und rückgängig machen, sodass sich die Familie als Institution wieder in der Lage befindet, diesen Werten zu entsprechen und ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.

9.6. Risiken der Familiengründung verringern

Kinder kosten Geld. Sie stellen für viele Familien ein finanzielles Risiko dar, weil der Nachwuchst meistens eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, vorwiegend der Mutter, bedeutet. Daraus folgt wiederum ein erschwerter Wiedereinstieg ins Berufsleben.

Im Arbeitsleben wird leider nur noch selten Rücksicht auf das Familienleben, bzw. den Wunsch, eine Familie gründen zu wollen, genommen. Teilweise mischt sich der Arbeitgeber sogar ins Privatleben der

Arbeitnehmer ein, um sicherzustellen, dass deren Arbeitsleistung nicht durch den Familienwunsch unterbrochen wird. Darum muss das Arbeitsleben stärker auf das Familienleben abgestimmt werden, nicht umgekehrt.

Weiterhin wollen wir jedes Elternteil, das sich der Erziehung eines Kindes widmet, bei der Rente besser berücksichtigen als bisher.

9.7. Gegen Gender Mainstreaming, für Gleichberechtigung

Die menschliche Spezies besteht aus zwei Geschlechtern, dem männlichen und dem weiblichen. Diese Zweigeschlechtlichkeit wird nicht dadurch aufgehoben, dass bei wenigen einzelnen Personen (Intersexuelle) eine Zuordnung zum männlichen oder weiblichen Geschlecht schwer oder gar nicht möglich ist.

Die AfD Hamburg lehnt die derzeit praktizierte Form des „Gender Mainstreaming“ ab. Gender Mainstreaming marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt die natürliche geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen.

Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. Wir lehnen daher Bestrebungen ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Aktionen wie den „Equal Pay Day“ oder „geschlechtsneutrale Sprache“ umzusetzen.

Die AfD will, dass sich die Familienpolitik am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert, wie es das Grundgesetz vorsieht. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

Die AfD Hamburg befürwortet nachdrücklich die Gleichberechtigung der Geschlechter und die damit verbundene Chancengleichheit. Öffentliche oder private Ämter sind diskriminierungsfrei allein nach dem Maßstab der Qualifizierung und der Leistung zu besetzen.

9.8. Verbot von Pubertätsblockern und Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen

Das Geschlecht wird durch die Geschlechtschromosomen bestimmt. Wir sehen es kritisch, dass „Geschlechtsumwandlungen“ (welche das biologische Geschlecht tatsächlich nicht ändern) zunehmend bagatellisiert werden. Geschlechtsumwandlungen bei Kindern und Jugendlichen lehnen wir daher ab. Eine so schwerwiegende Entscheidung darf nur mit der Reife und Einsichtsfähigkeit des Erwachsenenalters getroffen werden. Zudem lehnen wir den Einsatz von so genannten „Pubertätsblockern“ als Hormonbehandlung bei Kindern und Jugendlichen ab.

9.9. Jugendhilfe familienfreundlicher gestalten

Hamburgs Kinder- und Jugendeinrichtungen haben nicht die Kapazitäten, alle Hamburger Kinder und Jugendliche, die sich in der Obhut der Stadt befinden, unterzubringen. Stattdessen werden die Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen in anderen Bundesländern untergebracht. Hierdurch ist es für die Angehörigen der Kinder oftmals schwierig, diese zu besuchen; in einigen Fällen verhängen die Einrichtungen sogar Kontaktsperren. Weiterhin unterliegen die Einrichtungen oftmals keiner strengen Kontrolle, wodurch Missstände nur schwer aufgedeckt werden können. Darum wird die AfD Hamburg eine Reduzierung der auswärtigen Unterbringung durch das Jugendamt erwirken und die Heime strenger

beaufsichtigen, damit dort möglichst jedes untergebrachte Kind und jeder Jugendliche die Chance bekommt, in einer gewaltfreien und sicheren Umgebung heranreifen zu können.

9.10. Mütter und Väter verdienen den Schutz des Staates

Die AfD erkennt an, dass es im Leben von Familien Situationen geben kann, die einen Fortbestand der familiären Struktur unmöglich machen. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass Mütter und Väter auch dann mit der vollen Unterstützung des Staates und der Gesellschaft rechnen können, wenn familiäre Strukturen durch widrige Umstände zerbrechen. Eine Diskriminierung Alleinerziehender lehnen wir ab und treten dafür ein, dass die oben geforderten Maßnahmen zur Kinderfreundlichkeit auch für Alleinerziehende in vollem Umfang erhalten bleiben. Benachteiligungen von Vätern im Sorge- und Unterhaltsrecht wollen wir entgegenwirken, ohne hierbei die wichtige Rolle der Mutter negieren zu wollen.

10. Demokratie und Kultur: Eine Republik freier Bürger

Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht derzeit von Links aus: Linke Parteien, Journalisten und Institutionen haben systematisch ihren Einfluss auf nahezu sämtliche Lebensbereiche ausgedehnt. Sie setzen dabei ein zunehmend autoritäreres Programm um, bei dem linke Ideologie zur Leitdoktrin in allen Lebensbereichen wird und in der Regel nicht mehr hinterfragt werden darf. Abweichungen hiervon werden immer mehr mit sozialer Ächtung oder direkten staatlichen Repressionsmaßnahmen belegt, während man die eigene linke Weltanschauung mit aller Kraft staatlich fördert. Dem stellen wir uns entgegen und fordern umfassende Meinungs- und Gedankenfreiheit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in gelebter demokratischer Praxis.

10.1. Schluss mit dem öffentlich-rechtlichen Zwangsrundfunk

Die AfD Hamburg spricht sich für eine Reform des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags und eine sehr weitreichende Reform des Rundfunkstaatsvertrags oder, sollte diese nicht möglich sein, die Kündigung desselben aus. Unser Ziel ist ein „Grundfunk“, der in politisch ausgewogener und neutraler Art und Weise die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellt.

Niemand soll mehr gezwungen sein, eine Gebühr oder einen Beitrag für ein Rundfunkangebot zu bezahlen, das keineswegs die Interessen der breiten Mehrheit der Medienkonsumenten vertritt. Im Zeitalter des Internets gibt es keinen Grund, einen staatsnahen Anbieter zu privilegieren, der von Parteien und politisch nicht neutralen Interessensgruppen dominiert wird und dessen Berichterstattung zunehmend an Neutralität und Objektivität vermissen lässt. Es muss einen freien Wettbewerb unter allen Rundfunkanbietern geben.

10.2. Gegen politische Korrektheit, für Meinungsfreiheit

Eine freie und demokratische Republik, die aus freien Bürgern besteht, kann nur dann funktionieren, wenn jeder Bürger nicht nur theoretisch das Recht auf Meinungsfreiheit hat, sondern wir eine Gesprächskultur etablieren, bei dem es für üblich und normal gehalten wird, sich politisch zu streiten und in der niemand Angst haben muss, seine Meinung zu sagen.

Politischer Korrektheit erteilen wir daher ebenso eine klare Absage wie der Bemäntelung von Zensur unter dem Vorwand, „Hassrede“ zu bekämpfen. Einzige Grenze der Meinungsfreiheit ist und bleibt für uns das Strafrecht, nicht das politische Geschmacksempfinden linker Negativeliten.

10.3. Keine Diskriminierung politischer Parteien

Die AfD Hamburg wird durchsetzen, dass keiner politischen Partei in Hamburg die Nutzung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen mehr verweigert werden kann, soweit es sich um Räumlichkeiten handelt, die der Stadt gehören oder die von der Stadt (mit-)finanziert werden. Nur so ist sichergestellt, dass auch in den Augen der Obrigkeit unliebsame politische Parteien sich friedlich versammeln können.

Wir lehnen des weiteren die Beobachtung legaler politischer Parteien durch den Verfassungsschutz ab. Deutschland und Hamburg beschreiten hier einen undemokratischen Sonderweg, der schleunigst beendet werden muss. Der Verfassungsschutz sollte sich wieder auf die Bekämpfung von Extremismus in seiner klassischen und anerkannten Form wenden, nämlich politischer Gewalt und Terrorismus.

10.4. Keine Kulturförderung mit einseitiger politischer Propaganda

Die AfD steht hinter der Freiheit der Kunst. Sie ist Teil unserer demokratischen Kultur der freien Meinungsäußerung und -bildung. Die Kultur ist wesentlich verantwortlich, nicht nur für die Unterhaltung, sondern auch zur Wertebildung und zur Orientierungsfindung des Menschen in unserem Land. Gerade in unserer Zeit, in der der Zusammenhalt unter den Menschen stark strapaziert wird, hat die Kunst eine bindende und aufrichtende Aufgabe. Wichtige Fragen unserer Zeit und unserer Kultur werden von Künstlern formuliert und erweitern unsere Sichtweisen, um gemeinsam Lösungen zu finden, die unsere Traditionen pflegen, uns im Alltag erheben und uns Anregungen für die Zukunft geben können. Die AfD unterstützt deswegen die gewachsene Theater- und Museumskultur der Freien und Hansestadt Hamburg.

Wir sind jedoch nicht mit dem Missbrauch unserer Bühnen und öffentlich geförderten Ausstellungshäuser für einseitige politische Propaganda einverstanden, die häufig aggressiv und aufstachelnd vorgetragen wird. In solchen Fällen sollte die öffentliche Unterstützung sofort entzogen werden.

10.5. Keine ideologisch motivierte Umbenennung von Straßen und Plätzen

Die AfD Hamburg wird ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen ablehnen und nach Möglichkeit wieder rückgängig machen.

10.6. Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden auf Bezirksebene

Als Partei der direkten Demokratie streben wir eine stärkere Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden auf Bezirksebene an. Eine Abweichungsmöglichkeit soll es nur noch geben, wenn der Senat der Meinung ist, dass durch einen Bürgerentscheid in einem Bezirk gesamtstädtische Belange verletzt werden. Dann soll der Senat aber kein Evokationsrecht gegen den Bürgerentscheid mehr haben, sondern soll die strittige Frage stattdessen im Volksentscheid dem gesamten Hamburger Volk in allen Bezirken zur Entscheidung vorlegen. Dies wahrt unseren Charakter als Einheitsgemeinde, stellt aber zugleich sicher, dass Berufspolitiker nicht einfach über den Willen des Volkes hinweggehen können.

11. Digitalisierung

Die Digitalisierung ist eine der entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit und bietet enorme Chancen, aber auch Risiken, für unsere Gesellschaft. Im Zentrum unserer Digitalisierungsstrategie steht der Mensch. Technik soll das Leben der Bürgerinnen und Bürger erleichtern, die Effizienz der Verwaltung steigern und den Zugang zu Bildung verbessern. Dabei ist uns wichtig, dass der persönliche Kontakt zwischen den Menschen und grundlegende Kulturfähigkeiten nicht verloren gehen. Wir setzen

uns für eine flächendeckende digitale Infrastruktur ein. Unsere Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung sollen sicherstellen, dass Hamburg zu einer modernen und vernetzten Stadt wird, in der jeder von den Vorteilen der digitalen Transformation profitieren kann.

11.1. Künstliche Intelligenz positiv einsetzen und regulieren

Nach der Industriellen Revolution steht mit den jüngsten Durchbrüchen auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz (KI) der nächste wichtigste technologische Umbruch in der Geschichte der Menschheit unmittelbar bevor. Künstliche Intelligenz bietet riesige Chancen, stellt aber auch die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, fundamental infrage. Risiken im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz können bis heute nicht abschließend und zuverlässig eingeschätzt werden.

In der Geschichte der Menschheit war es nie möglich oder gar sinnvoll, eine technische Neuerung aufzuhalten oder zu verbieten. Alles, was vom Menschen erdacht und erfunden werden kann, wird sich nicht auf Dauer unterdrücken lassen. Es entspricht deshalb einem konservativen Ansatz, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, aber gerade durch das Führen von vorne die Richtung des Fortschritts im Sinne des Menschen zu lenken. Künstliche Intelligenz muss dem Menschen dienen, darf ihn aber auch nicht überflüssig machen.

Wir befürworten daher einen umsichtigen Einsatz Künstlicher Intelligenz in allen Lebensbereichen, in denen hierdurch die Effizienz von Abläufen und die Lebensqualität von Menschen gesteigert werden kann. Zugleich muss durch entsprechende Regulierung immer sichergestellt sein, dass der Mensch die Kontrolle behält und dass Künstliche Intelligenz jedenfalls nicht mehr Fehler begeht, als es ein Mensch in der gleichen Situation täte.

Des Weiteren darf Künstliche Intelligenz nicht dazu führen, dass Kinder und Jugendliche elementare kulturelle und kognitive Fähigkeiten nicht mehr erlernen. Entsprechend sensibel und kritisch muss Künstliche Intelligenz im schulischen Bereich eingesetzt werden.

11.2. Technik muss dem Menschen dienen

Digitale Techniken können dem Bürger den Zugang zu Leistungen der Verwaltung erleichtern und die Arbeit der Verwaltung effektiver gestalten. Wir befürworten die Nutzung dieser Techniken und wollen sie fördern.

Die Möglichkeit für den Bürger, im persönlichen Gespräch mit der Verwaltung in Kontakt zu treten, muss dabei erhalten bleiben.

Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser-Anschlüssen ist auch nach der laufenden Initiative der Stadt in Hamburg nicht gewährleistet. Wir setzen uns für eine lückenlose Anbindung ans Glasfasernetz im Hamburger Stadtgebiet ein.

11.3. Digitale Techniken in der Schule

Wir befürworten den Einsatz digitaler Techniken im Schulunterricht und wollen ihn fördern. Nutzung und Gebrauch digitaler Techniken sind integraler Bestandteil im beruflichen und privaten Leben.

Grundlage jeder schulischen Bildung muss aber weiterhin das Erlernen und Beherrschen der Handschrift und der Grundrechenarten sein. Die Digitalisierung des Unterrichts darf nicht dazu führen, dass diese grundlegenden Kulturtechniken verloren gehen.

11.4. Digitale Unterstützung für Unterschriftensammlungen

Wir setzen uns dafür ein, dass Unterschriften im Rahmen von Volksinitiativen und Volksbegehren in Zukunft auch digital von Hamburger Bürgern gesammelt werden können. Wir bestehen allerdings darauf, dass Abstimmungen und Wahlen weiterhin durch Papier-Stimmzettel erfolgen, um das Vertrauen des Bürgers in die Wahrhaftigkeit dieser Prozesse zu erhalten.

11.5. *Gamer* und E-Sport fördern

Nicht nur viele Jugendliche, sondern auch viele Erwachsene und Senioren haben zunehmend Freude und Begeisterung für Spiele am Computer, am Smartphone und auf anderen Plattformen entwickelt. Die AfD Hamburg steht sowohl den Gamern und auch dem so genannten „E-Sport“ positiv und aufgeschlossen gegenüber. Pauschale Verurteilungen, wie man sie häufig von der CDU hört, liegen der AfD Hamburg fern.

11.6. Kryptowährungen als Chance

Der AfD-Landesverband Hamburg steht Bitcoin und anderen Kryptowährungen sowie den verschiedenen Blockchain-Technologien positiv gegenüber.

Wir befürworten das private Halten von Kryptowährungen. Der Handel, die Verbreitung und die Informationen in Bezug auf Bitcoin und andere Kryptowährungen sowie der zugrunde liegenden Technologien sollen auch zukünftig erlaubt bleiben.

Kritisch sehen wir die geplante Einführung von programmierbarem Zentralbankgeld, sogenannten CBDCs. In ihnen erkennen wir eine Gefahr für die Freiheitsrechte. Insbesondere die dem digitalen Zentralbankgeld inhärente Möglichkeit, auf der ihr zugrunde liegenden Blockchain intelligente digitale Verträge programmieren zu können, sogenannte „Smart Contracts“, bietet die Möglichkeit des Missbrauchs. Wir lehnen daher die Einführung einer von der Europäischen Zentralbank gesteuerten digitalen Währung ab.

Wir unterstützen die weitere Erforschung der Bitcoin-Technologie und aller weiteren Blockchain-Technologien, insbesondere an den Hamburger Hochschulen.

12. Katastrophenschutz und Bundeswehr: Hamburg steht zu seinen Soldaten

Als Theoretiker während der großen Sturmflut von 1962 noch debattierten, schuf der damalige Innensenator und ehemalige Offizier, Helmut Schmidt, Tatsachen. Erstmals seit Gründung der Bundeswehr im Jahre 1955 wurde diese großflächig im Inland eingesetzt.

Ohne jenen eigenmächtig initiierten Präzedenzfall wäre es 1968 wohl kaum zur Grundgesetzerweiterung gekommen, welche fortan den Einsatz der Streitkräfte im Inland – etwa bei Naturkatastrophen – ermöglichte.

1962 sind über 300 Menschen der Sturmflut zum Opfer gefallen. Man möchte sich nicht vorstellen, wie viele es damals in Hamburg – oder später binnen anderer Katastrophen – ohne die Hilfe der Bundeswehr gewesen wären.

Allein das offenbart die enge und gemeinsame Geschichte unserer Streitkräfte mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die AfD Hamburg hat die Bilder der sich gemeinsam – sowohl Soldaten als auch Anwohner – gegen die Flut stellenden Bürger nicht vergessen und setzt sich auch zukünftig für deren Vermächtnis ein.

12.1. Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft

Die AfD Hamburg ist stolz auf unsere Bundeswehrsoldaten, unsere Bürger in Uniform. Um jenes Selbstverständnis an einem Standort wie Hamburg mit ca. 2.500 Soldaten zu fördern, setzt sich die AfD Hamburg auch weiterhin für die Präsenz unserer Streitkräfte in der Öffentlichkeit ein.

Die jährlichen Beförderungsappelle sollen weiterhin in der Öffentlichkeit und vor Publikum abgehalten werden, bevorzugt an zentraler Stelle auf dem Rathausmarkt.

12.2. Bundeswehr an unseren Schulen

Jugendoffiziere klären an Schulen über sicherheitspolitische Themen auf. Parallel zu den üblichen Besuchen von Polizeibeamten in Kindergärten und Grundschulen soll der Bundeswehr der Zugang zu den Schulen im Rahmen ihres Bildungsauftrags weiterhin ermöglicht werden.

12.3. Sportfördergruppe nach Hamburg holen

Zudem will die AfD Hamburg das Landeskommando Hamburg, die Kommandobehörde der Bundeswehr in der Freien und Hansestadt Hamburg, beim Umzugsbestreben der aktuell im schleswig-holsteinischen Appen stationierten Sportfördergruppe Hamburg in das Landesgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg unterstützen. Die Rahmenbedingungen sind bereits auf dem Olympiastützpunkt Hamburg-Dulsberg gegeben.

13. Auswärtige Beziehungen: Guter Partner für andere Städte sein

Als Tor zur Welt hat Hamburg seit jeher für Deutschland eine wichtige Rolle in der Außenpolitik gespielt. Häufig waren die außenpolitischen Beziehungen von Konflikten geprägt, doch noch wesentlich stärker vom Handel. Hamburg war spätestens seit dem Mittelalter und seiner Mitgliedschaft in der Hanse eine wichtige Drehscheibe für Waren, Menschen und Ideen, in Europa und darüber hinaus. In der zunehmend global vernetzten Welt von heute hat Hamburg, genau wie in den vergangenen Jahrhunderten, die Möglichkeit und die Verantwortung, zu einer positiven Entwicklung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Neben der Werbung neuer offizieller Vertretungen anderer Nationen kann Hamburg insbesondere durch seine Partnerstädte die internationalen Beziehungen Deutschlands sowie die Völkerverständigung im Allgemeinen verbessern. Von diesem Standpunkt aus schlägt die AfD Hamburg folgende Maßnahmen vor:

13.1. Attraktivität Hamburgs für internationale Repräsentationen steigern

Hamburg soll noch attraktiver als Standort für ausländische Konsulate und sonstige international agierende Institutionen werden. Im Rahmen von Stadtwerbekampagnen soll Hamburg als ein solcher Standort stärker international bekannt gemacht werden.

Hamburg soll seine Funktion als Standort genannter Institutionen durch Schautafeln im Hamburger Stadtbereich und Aufnahme in den Lehrplan der Schulen stärker bei den Hamburgern bekannt machen.

13.2. Städtepartnerschaften ausbauen

Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen durch regelmäßige und repräsentative Stadtgeschenke an die Partnerstädte, z.B. Hans-Hummel-Skulpturen, wie sie seit 2003 auch in Hamburg aufgestellt werden, gefördert werden.

Die Partnerstädte sollen mit Wappenschildern an prominenten Einfahrtstoren der Stadt, wie z.B. an den Elbbrücken, der Langenhorner Chaussee oder dem Horner Kreisel, durch Schilder und Zeitzonenuhren am Hauptbahnhof und am Flughafen sowie einem Wegweiser vor dem Rathaus mit Entfernungsangaben zu den bestehenden Partnerstädten besser bekannt gemacht werden.

Regelmäßig, etwa zu Jubiläen, sollen Volksfeste zur Feier der Städtepartnerschaften durchgeführt werden und dazu Vertreter der Partnerstädte eingeladen werden. Die Hamburger Schulen sollen zu diesen Festen beitragen, um die Hamburger Kultur und Geschichte zu präsentieren.

Städtepartnerschaften, insbesondere neu eingegangene, sind immer auch ein Symbol für die politische und weltanschauliche Verfasstheit, welcher sich die jeweiligen Städte verpflichtet fühlen. Hamburg steht für freiheitlich, demokratische Werte und hanseatische Weltoffenheit; deshalb befürwortet die AfD Hamburg, eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Hafenstadt wie Haifa einzugehen.

Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen auch durch einen regelmäßigen Austausch unter Beteiligung der städtischen Unternehmen und der lokalen Wirtschaftsverbände gefördert werden.

13.3. Hamburgs Rolle in der Entwicklungspolitik

Für die AfD Hamburg ist die Entwicklungshilfepolitik ein integraler Bestandteil der Migrations- und Außenpolitik. Nur wenn die Menschen in Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe bei der wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung ihres Landes angeboten bekommen, wird das Ziel erreicht, Migrationsströme zu unterbinden. Obgleich die Außen-, und somit auch die Entwicklungspolitik, im Kern eine Angelegenheit des Bundes ist, halten wir Hamburg als internationale Handelsmetropole für prädestiniert, bei der Kooperation mit anderen Städten und Ländern im Bereich der Entwicklungshilfe mit voranzugehen. Dieser Anspruch leitet sich alleine schon vom Status Hamburgs als wichtigste deutsche Hafenstadt ab.

Internationale Kooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit sollen allen beteiligten Seiten nutzen. Wenn Hamburg im Rahmen der Entwicklungspolitik Wissen und Fähigkeiten in weniger entwickelte Teile der Welt exportiert, ist dies mit der Erwartung verbunden, dass dieser Wissenstransfer das Zielland und seine Bevölkerung auch tatsächlich voranbringt. Es ist daher politisches Ziel, dass bisherige finanzielle Mittel aus dem Hamburger Haushalt für Entwicklungsmaßnahmen bezüglich ihrer messbaren Erfolge in den Entwicklungsländern überprüft werden. Auch sollten unsere Aktivitäten nicht ausschließlich aus reiner Mildtätigkeit verfolgt werden; es muss dabei auch zu allen Zeiten sichergestellt sein, dass die Hamburger Entwicklungspolitik auch Hamburger Interessen berücksichtigt. Unter jene

Hamburger Interessen fällt ausdrücklich das Standortmarketing im Ausland. Die „Marke Hamburg“ sollte in einer globalisierten Welt auch global präsent sein.

13.4. Städtepartnerschaft mit Daressalam auf den Prüfstand stellen

Fraglich ist insofern, ob die Städtepartnerschaft mit Daressalam, die derzeit überwiegend nur aus Entwicklungshilfeprojekten besteht, in der derzeitigen Form weiter fortgeführt werden sollte. Einerseits handelt es sich nicht um eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Entwicklungshilfeprojekte, die aus dem Hamburger Haushalt bezahlt werden, haben bisher keine messbaren Erfolge gezeitigt. Zum anderen besteht in Daressalam eine ausgeprägte Menschenrechtsproblematik, vor allem durch die Einrichtung einer eigenen Polizeieinheit, die in Daressalam Jagd auf Homosexuelle macht und diese einsperrt und foltert. Sollte sich an dieser Situation nichts in den nächsten Jahren ändern, plädiert die AfD Hamburg dafür, die laufenden Entwicklungshilfeprojekte auslaufen zu lassen und die Städtepartnerschaft mit Daressalam zu beenden.